

128

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juli 2023

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2027

Rückkehr zum verhaltenen Trendwachstum

Sperrfrist: Donnerstag, 20. Juli 2023, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

128

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juli 2023

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2027

Rückkehr zum verhaltenen Trendwachstum

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

AutorInnen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023–2027
Rückkehr zum verhaltenen Trendwachstum
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 128

Kontakt

Holger Bonin

T +43 1 59991-125

E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft	16
3	Die internationale Konjunktur	20
3.1	Überblick.....	20
3.2	Länderprognosen.....	23
4	Die österreichische Außenwirtschaft.....	33
5	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	34
6	Monetäre Prognose	46
7	Lohnsetzung und Inflation in Österreich	49
7.1	Modellsimulationen.....	49
7.2	Empirische Evidenz	56
8	Tabellenanhang.....	59

Rückkehr zum verhaltenen Trendwachstum

Die ursprünglich energiepreisgetriebene Rekordinflation und die Verwerfungen in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben zu einer Stagnation der Wirtschaft in Österreich geführt. Mit dem Auslaufen dieser Effekte dürfte die Wirtschaft wieder auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenken. Für den Prognosezeitraum 2023 bis 2027 erwartet das IHS eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 1,2 % pro Jahr. Nach dem energiepreisgetriebenen Anstieg im Vorjahr hat sich der Preisauftrieb seither deutlich verbreitert und dürfte nur langsam zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt 2023 rechnet das IHS mit einer Inflationsrate von 7,5 %. In den kommenden Jahren lässt der Preisdruck voraussichtlich spürbar nach, sodass die Inflationsrate bis 2027 auf 2,3 % zurückgeht. Ausgehend von 6,5 % im laufenden Jahr dürfte die Arbeitslosenquote bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 5,8 % sinken. Die Wirtschaftspolitik sollte auf eine Stärkung des Potenzialwachstums und die Unterstützung der Energiewende ausgerichtet werden.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Mit der stark nachlassenden Inflationsdynamik und dem allmählichen Abklingen der Verwerfungen in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine dürfte die österreichische Wirtschaft im Prognosezeitraum auf einen verhaltenen Wachstumskurs zurückkehren. Das IHS erwartet für den Zeitraum 2023 bis 2027 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1,2 %, nach 1,3 % in den vergangenen fünf Jahren. Die vorliegende Vorausschau basiert auf der Sommer-Prognose des Instituts für die Jahre 2023 und 2024 und erweitert den Prognosehorizont bis zum Jahr 2027. Ausgehend von 0,5 % im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenken. Für die Jahre 2024 und 2025 werden Zuwächse von 1,4 % und 1,5 % erwartet, für die Jahre 2026 und 2027 von jeweils 1,2 %. Damit dürfte die heimische Wirtschaftsleistung mit demselben Tempo wie jene im Euroraum zulegen.

Die mittelfristige Projektion des IHS orientiert sich am Produktionspotenzial, das heißt dem bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren erreichbaren Bruttoinlandsprodukt. Die Schätzung des Produktionspotenzials berücksichtigt den Trend des Arbeitsvolumens gemessen in Stunden, die Entwicklung des Kapitalstocks sowie den Trend des technischen Fortschritts. Das Arbeitsvolumen dürfte um 0,9 % pro Jahr wachsen. Die Zunahme ergibt sich aus der trendmäßig steigenden Erwerbsbeteiligung und einer rückläufigen strukturellen Arbeitslosenquote, während die durchschnittliche Wochenarbeitszeit weiter sinkt. Der Kapitalstock wird durch eine vorübergehende Investitionsschwäche nur wenig beeinträchtigt. Das IHS geht von einer Ausweitung um 1,4 % pro Jahr aus. Der technische Fortschritt hat in Österreich, wie in vielen anderen

Industrieländern, bereits vor Ausbruch der Coronapandemie nahezu stagniert. Laut Schätzung des Instituts wird sich sein Wachstum bis zum Jahr 2027 leicht auf 0,4 % pro Jahr beschleunigen.

Alles in allem geht das IHS davon aus, dass sich das Wachstum des Produktionspotenzials im Prognosezeitraum auf 1,4 % pro Jahr belaufen wird. Die Produktionslücke dürfte sich bereits im Jahr 2024 schließen. Danach entwickelt sich das Bruttoinlandsprodukt gemäß der Mittelfristprojektion im Gleichklang mit dem Produktionspotenzial.

Die Krisen der letzten Jahre haben die Entwicklung des Produktionspotenzials in Österreich beeinträchtigt. Vor allem die zeitweise Investitionsschwäche und die träge Entwicklung des technischen Fortschritts haben gemäß Schätzungen des Instituts zur Folge, dass im Jahr 2023 das Produktionspotenzial um 4,3 % niedriger ausfällt, als es in der vor der Coronakrise erstellten mittelfristigen Projektion des Jahres 2019 erwartet wurde.

Die internationalen Rahmenbedingungen werden wie folgt eingeschätzt. Mit dem Auslaufen der Hochinflationphase mit steigenden Zinsen dürfte die globale Ökonomie wieder auf einen moderaten Wachstumspfad einschwenken. Insbesondere in Europa dürfte jedoch die fortschreitende Alterung der Bevölkerung das Wachstum verlangsamen. Mit durchschnittlich 1,2 % pro Jahr wird im Prognosezeitraum das Wachstum im Euroraum somit wohl einen halben Prozentpunkt geringer als in den USA ausfallen. Die Weltwirtschaft dürfte durchschnittlich um knapp 3 % expandieren.

In den vergangenen fünf Jahren war die Entwicklung des privaten Konsums in Österreich durch die coronabedingten Einschränkungen und die darauffolgenden Aufholeffekte geprägt. Im Prognosezeitraum dürfte die Konsumdynamik deutlich ruhiger verlaufen und im Großen und Ganzen der Entwicklung der Realeinkommen folgen. Aufgrund der Kaufkraftverluste durch die hohe Inflation wird der private Konsum im laufenden Jahr laut Prognose nur um 0,5 % zulegen. Mit den kräftigen Realeinkommenszuwächsen könnte das Konsumwachstum im nächsten Jahr mit 1,8 % seinen Höhepunkt erreichen und sich bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 1,3 % abschwächen. Die Sparquote geht nach den coronabedingt hohen Werten in den Jahren 2020 und 2021 wieder auf ein normales Niveau zurück und dürfte sich am Ende des Prognosezeitraums auf knapp 8 % belaufen. Insgesamt gesehen stellt der private Konsum mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,3 % pro Jahr eine wesentliche Stütze dar.

Die Bruttoanlageinvestitionen dürften im Prognosezeitraum mit einem Wachstum von 0,8 % pro Jahr nur schwach expandieren. Die wenig dynamische Konjunktur, die deutlich gestiegenen Energie- und Finanzierungskosten sowie die hohe Unsicherheit bremsen gegenwärtig die Investitionstätigkeit. Mit dem allmählichen Abklingen dieser Faktoren dürfte die Investitionstätigkeit wieder etwas anziehen. Dies gilt insbesondere für die

Ausrüstungsinvestitionen, für die das IHS eine durchschnittliche Zunahme um 1,8 % pro Jahr erwartet. Hingegen dürften die Bauinvestitionen schwach bleiben und selbst im Jahr 2027 noch niedriger als im Jahr 2022 sein. Bremsend wirken hier die stark gestiegenen Finanzierungskosten und die hohen Baupreise. Besonders betroffen ist der Wohnbau, was sich in stark rückläufigen Baubewilligungen manifestiert.

Der globale Warenhandel dürfte im Prognosezeitraum um durchschnittlich knapp 3 % pro Jahr und damit im gleichen Tempo wie die Weltwirtschaft expandieren. Laut Prognose werden die österreichischen Warenexporte voraussichtlich um 2,7 % pro Jahr zulegen, die Gesamtexporte um knapp 3 %. Damit kann die österreichische Exportwirtschaft ihren Marktanteil halten. Da die Gesamtimporte laut VGR voraussichtlich in annähernd gleichem Tempo zulegen werden wie die Exporte, geht von der Außenwirtschaft in der Mittelfristprognose ein neutraler Wachstumsbeitrag aus.

Im Vorjahr hat die Inflation, gemessen am Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI), 8,6 % betragen. Getrieben wurde die Inflationsrate anfänglich insbesondere von den stark gestiegenen internationalen Energiepreisen, allerdings hat der Preisauftrieb im Zeitablauf auf Lebensmittel und Industriegüter übergegriffen. Aufgrund der Basiseffekte, des Wegfalls von Lieferkettenproblemen, der stagnierenden Nachfrage und der allmählichen Verbilligung der Haushaltsenergie dürfte die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2023 auf 7,5 % zurückgehen. Insgesamt erweist sich die Persistenz der Teuerung, insbesondere bei der Kernrate, also bei der Inflation ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise, deutlich höher als noch vor einem Jahr erwartet. Preistreibend wirken Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten. Kräftige Preissteigerungen sind im Bereich Restaurants und Hotels sowie bei den Wohnkosten zu verzeichnen. Allerdings dürfte der Preisdruck beim Ausbleiben weiterer Preisschocks und vor dem Hintergrund einer moderaten Konjunktorentwicklung im weiteren Prognosezeitraum stetig nachlassen. Das IHS prognostiziert einen Rückgang der Inflationsrate bis zum Jahr 2027 auf 2,3 %. Für den gesamten Prognosezeitraum ergibt sich eine durchschnittliche Inflationsrate von 3,8 %. Das Institut geht dabei davon aus, dass die Lohnbildung der sozialpartnerschaftlichen Tradition folgt und auf die Wettbewerbssituation der Unternehmen Rücksicht nimmt.

Die Coronakrise hat keine langfristigen Spuren am österreichischen Arbeitsmarkt hinterlassen. Allerdings wird aufgrund der aktuellen Konjunkturschwäche der Beschäftigungsauftrieb im laufenden Jahr gebremst, und die Arbeitslosigkeit steigt etwas an. Im Zuge der erwarteten konjunkturellen Erholung und durch das demografisch bedingt langsamere Wachstum des Arbeitskräfteangebots dürfte die Arbeitslosigkeit im weiteren Prognosezeitraum aber wieder zurückgehen. Bis zum Jahr 2027 rechnet das IHS mit einem Sinken der Arbeitslosenquote auf 5,8 %. Zugleich dürfte die Beschäftigung um durchschnittlich 0,9 % pro Jahr zulegen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wurde in der vergangenen Fünfjahresperiode durch die extrem expansive Fiskalpolitik zur Bekämpfung der Krisenfolgen geprägt, wobei das Budgetdefizit bis auf 8 % des BIP im Jahr 2020 anstieg. Mit der Konjunkturerholung und der Rückführung der diskretionären Krisenmaßnahmen ist das Budgetdefizit seitdem stetig zurückgegangen und dürfte im laufenden Jahr 2,6 % des BIP erreichen. Die Effekte der konjunkturellen Eintrübung auf das Budgetdefizit sind wegen des starken Wachstums des nominellen BIP begrenzt. Die hohe Inflation führt etwas verzögert zu steigenden staatlichen Ausgaben, etwa für Lohn- und Gehaltszahlungen oder die Valorisierung der Sozialausgaben. Unter der Voraussetzung, dass die krisenbedingten diskretionären Maßnahmen zügig auslaufen, dürfte das Budgetdefizit in den nächsten Jahren dennoch weiter sinken und sich im Jahr 2027 auf 1,1 % des BIP belaufen.

Die vorliegende mittelfristige Prognose des IHS ist mit erheblichen Risiken behaftet. So würde eine ausbleibende Belebung der aktuell schwachen Industriekonjunktur die wirtschaftliche Dynamik stärker bremsen. Dauerhafte Erhöhungen bei den Energie- und Rohstoffpreisen würden Neuausrichtungen der Produktionsstruktur nach sich ziehen, die das Wachstum wohl verringern dürften. Eine Eskalation des Kriegs Russlands gegen die Ukraine könnte zu einem Wiederanstieg der Energiepreise führen und die Energieversorgung gefährden. Ein markanter Anstieg der mittelfristig erwarteten Inflation dürfte wohl eine noch stärkere Straffung der Geldpolitik erfordern. Dies würde die Nachfrage stärker dämpfen und könnte internationale Finanzmarkturbulenzen auslösen. Überschießende Lohnabschlüsse würden die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen verringern und die Qualität des Wirtschaftsstandorts verschlechtern. Dies könnte die Exportdynamik merklich verlangsamen und das Investitionsklima beeinträchtigen. Eine forcierte Arbeitszeitverkürzung durch einen generellen Übergang zur 4-Tage-Woche könnte das effektive Arbeitsangebot senken und damit das Wachstum des Produktionspotenzials bremsen.

Andererseits könnte eine geringere Persistenz der Inflation in Österreich die mittelfristigen Wachstumsaussichten verbessern. Sollte das Arbeitsvolumen stärker als im aktuellen Trend wachsen, etwa durch eine bessere Ausschöpfung der Potenziale von Frauen, Älteren oder Personen mit Migrationshintergrund, würde dies der demografisch bedingten Abschwächung des heimischen Wachstumspotenzials entgegenwirken. Ebenfalls könnten stärkere Anstrengungen bei Bildung, Forschung und Innovation, also zentralen Treibern des technischen Fortschritts, das Potenzialwachstum in Österreich erhöhen.

Die Politik sollte sich aus Sicht des IHS nicht mit dem hier prognostizierten verhaltenen mittelfristigen Trendwachstum zufriedengeben. Ein höheres Potenzialwachstum schafft mehr Spielräume, um die anstehenden großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen, die sich insbesondere aus der Dekarbonisierung und der demografischen

Alterung und den damit verbundenen Belastungen für Staat, private Haushalte und Unternehmen ergeben. Deswegen sollte sich die Wirtschaftspolitik darauf fokussieren, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Verbreitung von produktivitätssteigernden Innovationen zu verbessern. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die digital- und datenbasierten neuen Schlüsseltechnologien sowie die zu ihrer Entwicklung und Anwendung notwendigen Fähigkeiten. Daneben sollte den mit der nun rasch fortschreitenden demografischen Alterung wachsenden angebotsseitigen Engpässen auf dem Arbeitsmarkt durch eine umfassende Strategie begegnet werden. Zu den zentralen Ansatzpunkten, um vorhandene Fachkräftepotenziale weitestmöglich auszuschöpfen, gehören Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere die bessere Verfügbarkeit hochwertiger Kindertagesbetreuung, die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen sowohl von Beschäftigten als auch von Arbeitslosen, insbesondere durch effektive Angebote und Förderungen zur beruflichen Höher- und Umqualifizierung, eine systematische aktive Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Arbeitsmarktintegration, sowie die Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Transfersystem. Flankierend könnten Strukturreformen mit dem Ziel, starke Kostendynamiken in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Pensionen und Finanzausgleich zu bremsen, Wachstumspotenziale freisetzen.

Aus aktuellem Anlass analysiert Kapitel 7 den Zusammenhang zwischen Lohnsetzung und Inflation. Es wird erläutert, warum eine sich selbst tragende oder sogar verstärkende Lohn-Preis-Spirale in Österreich nicht entstehen kann. Sehr wohl hat die Lohnsetzung einen Einfluss auf die Stärke und die Persistenz der Inflation. Modellrechnungen des IHS für Österreich deuten darauf hin, dass der in der aktuellen Diskussion oft genannte Wert, wonach ein Lohnanstieg um einen Prozentpunkt mittelfristig eine zusätzliche Inflation von 0,3 Prozentpunkten nach sich zieht, in der jetzigen Lage eher eine Untergrenze darstellen dürfte und deutlich höher liegen kann.

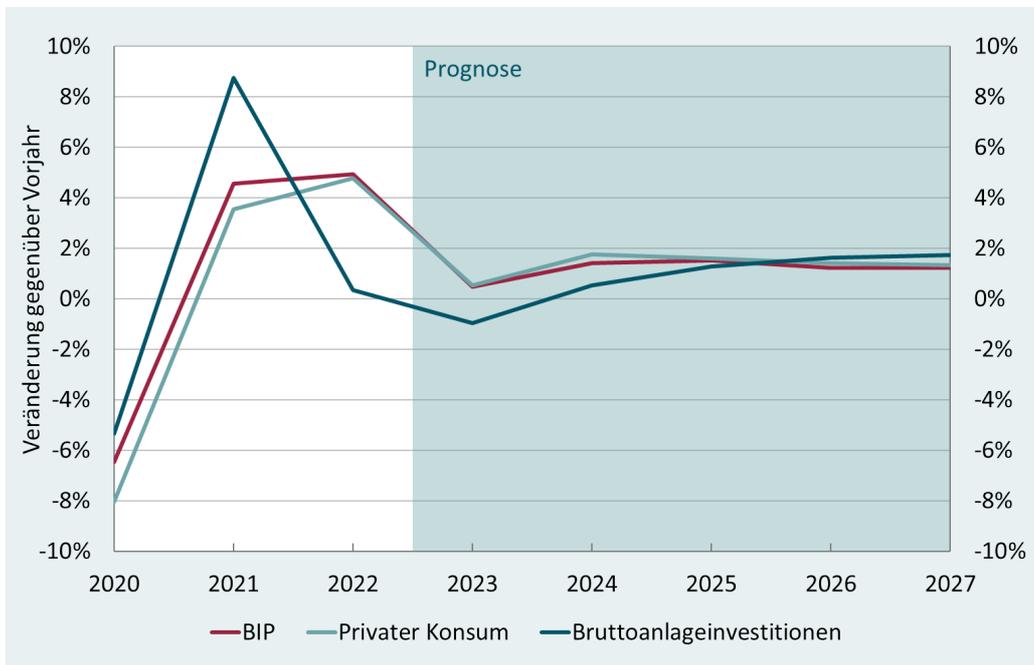
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2013-2017	2018-2022	2023-2027
Bruttoinlandsprodukt, real	1,2	1,3	1,2
Privater Konsum, real	0,8	0,3	1,3
Bruttoinvestitionen, real	2,4	1,7	1,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,4	2,4	0,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	4,2	2,8	1,8
Bauinvestitionen, real	0,4	2,0	-0,2
Inlandsnachfrage, real	1,3	1,1	1,0
Exporte i. w. S., real	2,8	3,8	2,9
Waren, real (laut VGR)	2,6	4,3	2,7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2,1	-4,5	5,0
Importe i. w. S., real	3,2	3,6	2,8
Waren, real (laut VGR)	2,4	3,1	2,6
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2,5	0,1	2,5
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,2	1,5	0,9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	8,5	7,9	6,1
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	6,1	5,4	4,9
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,0	2,7	4,6
Preisindex des BIP	1,8	2,5	3,6
Verbraucherpreisindex	1,5	3,2	3,8
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-1,6	-3,2	-1,6
3-Monats-Euribor ⁱ	-0,0	-0,3	3,2
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	1,0	0,4	3,3

ⁱabsolute Werte

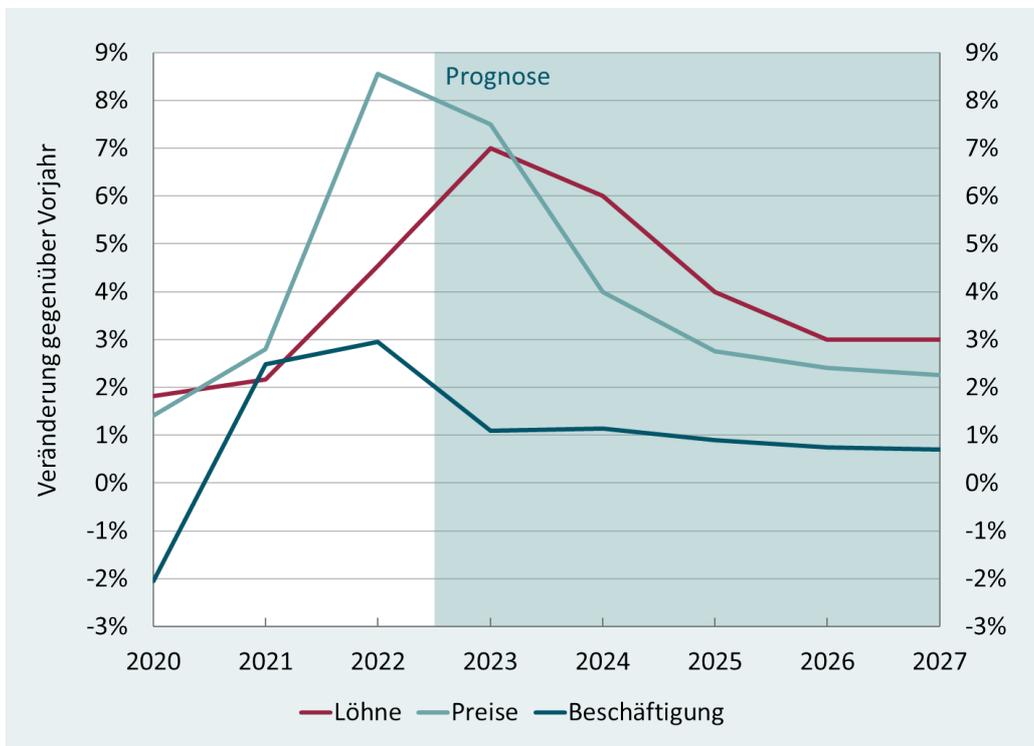
Quelle: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



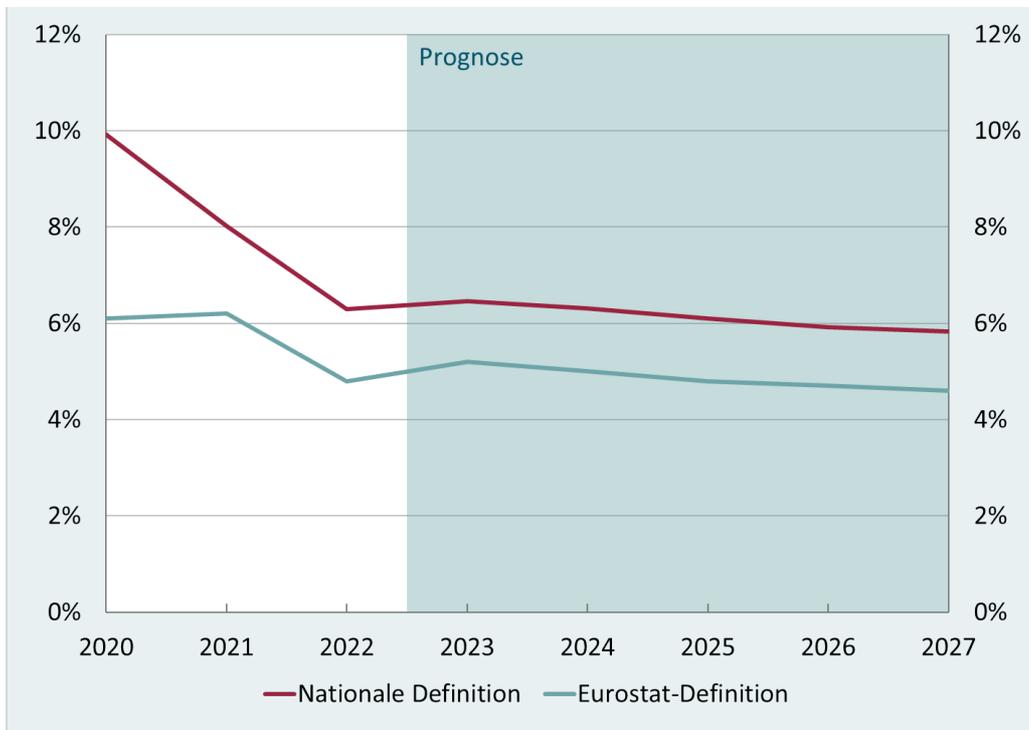
Quelle: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



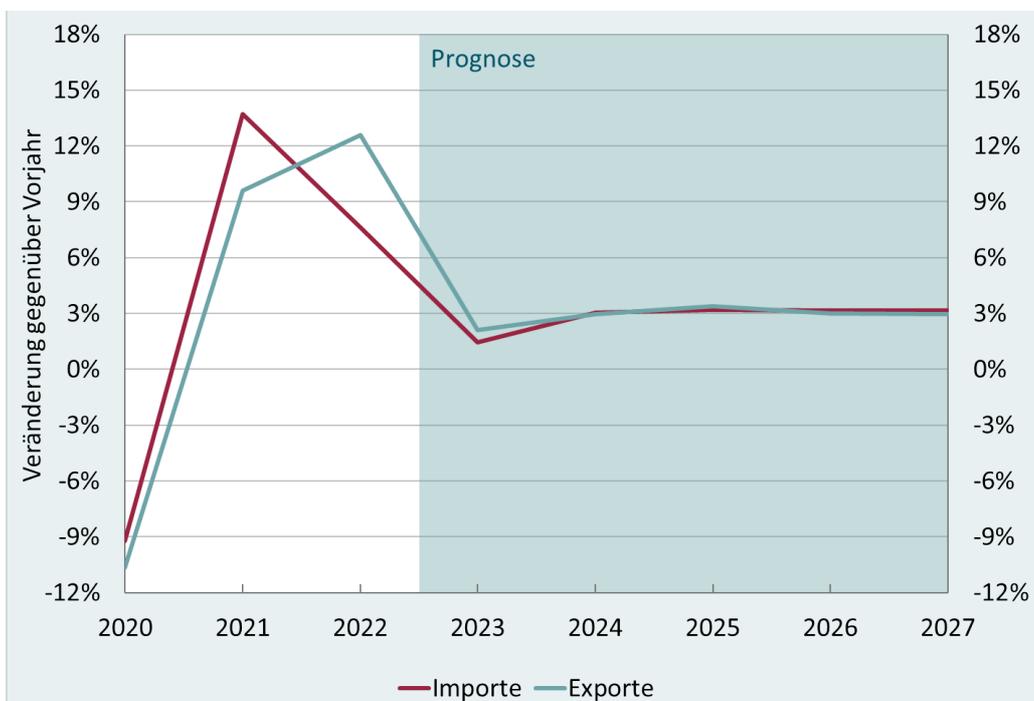
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



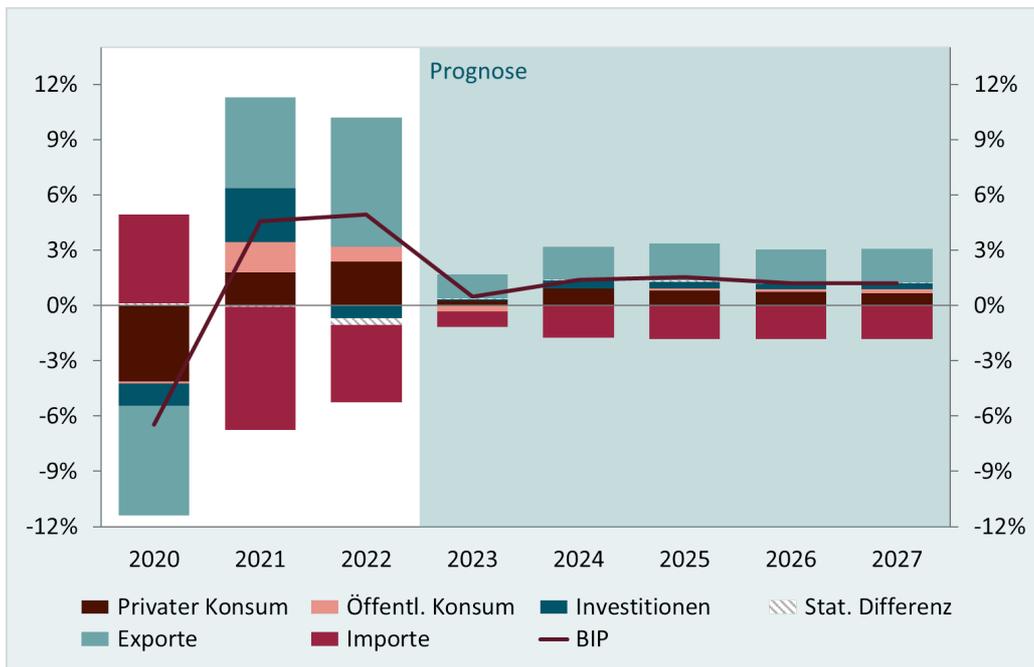
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



Quelle: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2023 Prognose des IHS

2 Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft

Die mittelfristige Projektion orientiert sich am Produktionspotenzial, also der bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren erreichbaren gesamtwirtschaftlichen Produktion. Lohn- und Preisanpassungen sorgen dafür, dass im mittelfristigen Durchschnitt die tatsächliche Produktion den Produktionsmöglichkeiten entspricht. Als Produktionsfaktoren werden der Trend des Arbeitsvolumens, gemessen in Stunden, der Kapitalstock und der Trend des technischen Fortschritts berücksichtigt.

Hinsichtlich der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird auf die Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (Hauptvariante mit mittlerer Zuwanderung) zurückgegriffen. Als Personen im erwerbsfähigen Alter werden im Einklang mit der offiziellen Produktionspotenzialschätzung in der EU Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren berücksichtigt, auch wenn in Österreich nur sehr wenige Personen über 65 Jahren am Arbeitsmarkt aktiv sind. Gemäß der Prognose von Statistik Austria wird die Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren in Österreich im Jahr 2027 um 1,4 % höher sein als im Jahr 2022. Diese Zunahme geht vollständig auf die Zuwanderung zurück, denn in der Variante ohne Zuwanderung würde der Bevölkerungsstand zurückgehen.

Die Erwerbsbeteiligung der Personen bis 65 Jahre ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Für den Prognosezeitraum ist, vor allem wegen der schrittweisen Heranführung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen an das von Männern, noch ein leichter weiterer Anstieg zu erwarten. Die Erwerbsquote der Über-65-Jährigen wird dagegen wohl auch weiterhin sehr niedrig bleiben. Die gesamte trendmäßige Erwerbsbeteiligung wird gemäß der vorliegenden Projektion bis zum Jahr 2027 um 1,9 Prozentpunkte zunehmen.

Die strukturelle Arbeitslosenquote ist den Einschätzungen des Instituts zufolge weder in der Coronakrise noch infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gestiegen. Allerdings hat sich im Vergleich mit früheren Schätzungen der Rückgang verlangsamt. Die auf Basis der international harmonisierten Definition der Arbeitslosigkeit berechnete strukturelle Arbeitslosenquote dürfte sich im Jahr 2022 auf 5,1 % belaufen haben und bis 2027 auf 4,5 % zurückgehen.

Aufgrund der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung ist die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren gesunken. Diese Tendenz dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen, allerdings mit vermindertem Tempo. Die Trendfortschreibung ergibt bis zum Jahr 2027 einen Rückgang um insgesamt 0,3 %. Alles in allem dürfte damit das trendmäßige Arbeitsvolumen bis zum Ende des Fünfjahreszeitraums um 4,7 % bzw. pro Jahr um 0,9 % steigen. Diese Entwicklung ist auf

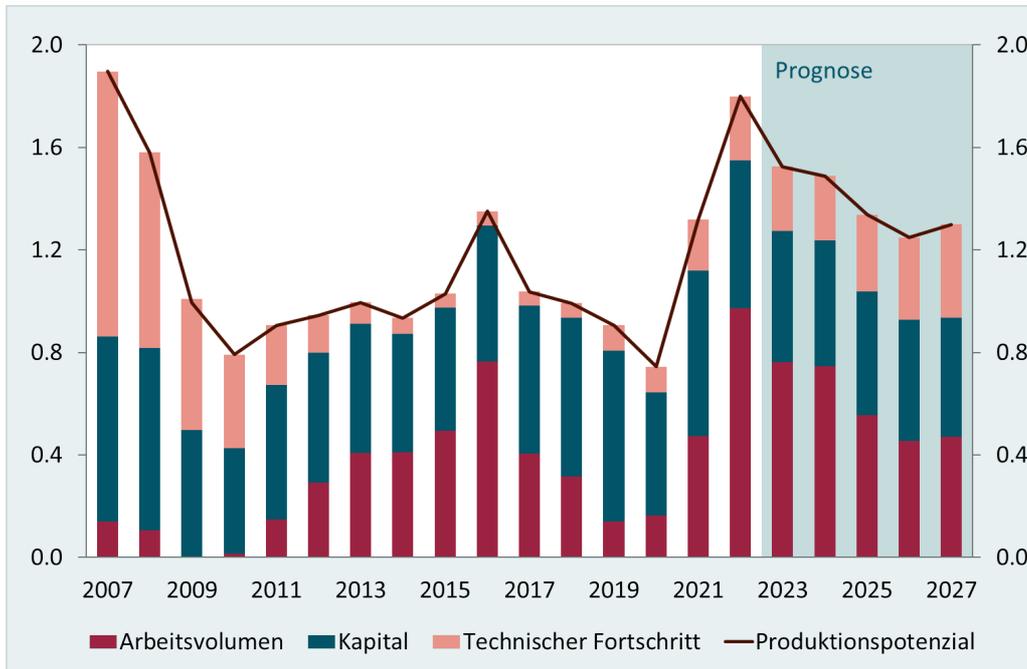
die Zunahme der Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren und der Erwerbsbeteiligung sowie die rückläufige strukturelle Arbeitslosenquote zurückzuführen, womit der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit mehr als ausgeglichen wird.

Die Coronapandemie hat im Jahr 2020 zu einem deutlichen Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen geführt, aber bereits im Jahr 2021 wurde das Niveau von 2019 übertroffen. Im Jahr 2023 haben allerdings die Konjunkturertrübung, die Zinserhöhungen und die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine dazu geführt, dass die Bruttoanlageinvestitionen kaum ausgeweitet wurden. Aufgrund dieser Belastungsfaktoren dürften die Investitionen im Jahr 2023 leicht sinken und im kommenden Jahr nur wenig steigen. Da die Anlageinvestitionen nur knapp 7 % des Kapitalbestands ausmachen, wird der Kapitalstock durch die vorübergehende Investitionsschwäche aber nur wenig beeinträchtigt. Das Institut schätzt, dass der gesamtwirtschaftliche Kapitalbestand bis zum Jahr 2027 um 1,4 % pro Jahr ausgeweitet wird.

Der technische Fortschritt hat in Österreich, wie in vielen anderen Industrieländern, bereits vor Ausbruch der Coronapandemie nahezu stagniert. Die Investitionsschwäche im Zeitraum 2020 bis 2024 (mit Ausnahme des Aufholprozesses im Jahr 2021) dürfte zusätzlich Spuren beim technischen Fortschritt hinterlassen, denn mit der Installation neuer Anlagen sind üblicherweise technologische Weiterentwicklungen verbunden. Der Digitalisierungsschub infolge der Coronapandemie dürfte die Produktivitätsentwicklung in den kommenden Jahren hingegen stützen. Das Institut schätzt, dass sich das Wachstum des trendmäßigen technischen Fortschritts bis zum Jahr 2027 von gegenwärtig 0,2 % auf 0,4 % pro Jahr beschleunigen wird. Damit sollte der technische Fortschritt im Zeitraum 2023 bis 2027 um 0,3 % pro Jahr ausgeweitet werden, nach nur 0,1 % pro Jahr im vorherigen Fünfjahreszeitraum.

Auf Basis der beschriebenen Entwicklung der Bestimmungsfaktoren geht das Institut davon aus, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2022 um 1,8 % gestiegen ist. Im Prognosezeitraum dürfte sich das Wachstum des Produktionspotenzials im Durchschnitt auf 1,4 % pro Jahr belaufen. Wie Abbildung 6 zeigt, dürfte der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens allmählich kleiner werden, was auf die demografische Entwicklung zurückzuführen ist, in deren Folge das Erwerbspersonenpotenzial mittelfristig kaum noch zunehmen wird. Der Wachstumsbeitrag des technischen Fortschritts sollte dagegen größer werden, während der Beitrag des Kapitalstands in etwa gleich bleiben dürfte.

Abbildung 6: Produktionspotenzial und seine Determinanten
 In Prozent bzw. Prozentpunkten

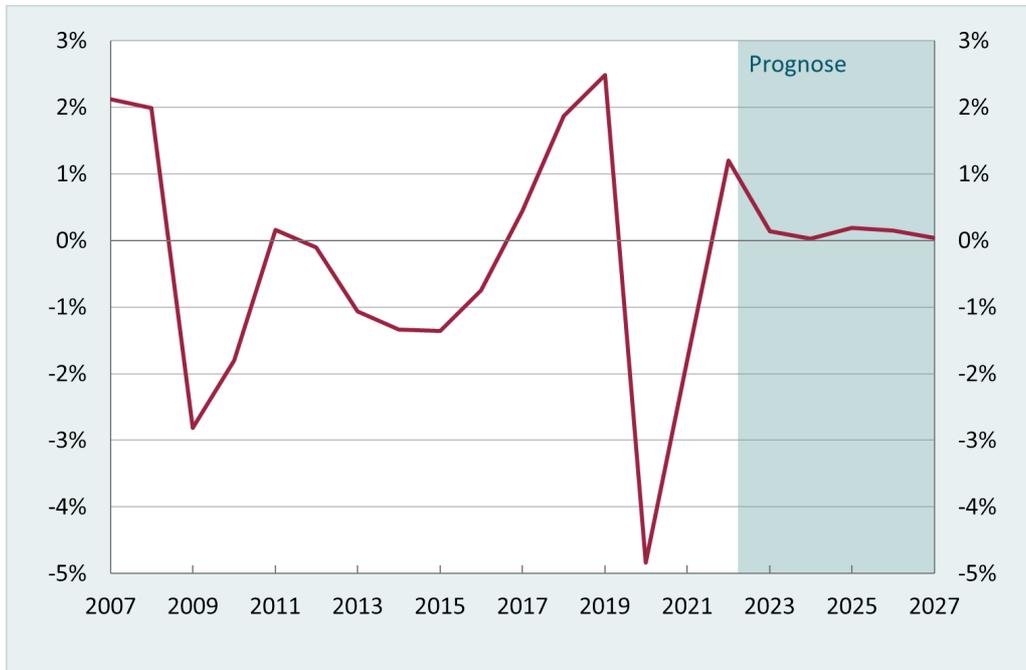


Quelle: Eigene Berechnungen

Die Rezession infolge der Coronapandemie hat im Jahr 2020 zu einem Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung geführt. Die nachfolgende Erholung hat aber diesen Rückgang schon im Jahr 2021 wettgemacht (Abbildung 7). Gegenwärtig sind die Produktionskapazitäten wohl sogar überausgelastet, was zu dem hohen Inflationsdruck beitragen dürfte. Die vorliegende Mittelfristprojektion ergibt, dass die Produktionslücke im Jahr 2024 geschlossen sein wird und sich im weiteren Prognosezeitraum das Bruttoinlandsprodukt etwa im Gleichklang mit dem Produktionspotenzial entwickeln wird.

Abbildung 7: Produktionslücke

Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial in Prozent des Produktionspotenzials



Quelle: Eigene Berechnungen

Die Coronapandemie und der Krieg gegen die Ukraine dürften zu einem dauerhaften Wohlstandsverlust in Österreich führen. Vor allem die vorübergehende Investitionsschwäche und die träge Entwicklung des technischen Fortschritts haben gemäß Schätzungen des Instituts zur Folge, dass im Jahr 2023 das Produktionspotenzial um 4,3 % niedriger ist als in der Mittelfristprognose 2019 erwartet. Dies entspricht einer Einbuße von rund 16,5 Mrd. Euro. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stärkung des Produktionspotenzials sind mithin angeraten, etwa im Hinblick auf die Steigerung des technischen Fortschritts.

3 Die internationale Konjunktur

3.1 Überblick

Die weltweite Wirtschaftsleistung ist im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 2,6 % pro Jahr gestiegen. Dabei belief sich das Wachstum in den Industrieländern auf 1,5 % und in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf 3,4 % pro Jahr. Der Fünfjahresdurchschnitt wird klarerweise durch die Coronapandemie beeinflusst. Während im Durchschnitt der Industrieländer das BIP-Niveau von vor der Krise bereits im Jahr 2021 übertroffen wurde, war dies in der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer erst im Jahr 2022 der Fall.

Im Euroraum nahm die Wirtschaftsleistung zwischen 2018 und 2022 um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr zu. Unter den vier größten Volkswirtschaften im Euroraum erreichte in den vergangenen fünf Jahren Frankreich mit knapp 1 % pro Jahr das höchste Wirtschaftswachstum. Die drei anderen Länder Deutschland, Italien und Spanien verzeichneten im Durchschnitt eine sehr ähnliche Entwicklung mit einem Wachstum von rund ½ % pro Jahr. Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur, insbesondere was das Gewicht des Tourismussektors an der Wirtschaftsleistung betrifft, waren die Volkswirtschaften in den Jahren 2020 bis 2022 in unterschiedlichem Ausmaß vom Einbruch während der Coronapandemie und dem nachfolgenden Aufholprozess betroffen. Über den gesamten Zeitraum glichen sich die Unterschiede aber weitgehend aus. Unter den heimischen Endnachfragekomponenten haben im Euroraum im Durchschnitt des Zeitraums 2018 bis 2022 die Bruttoanlageinvestitionen mit 2,4 % pro Jahr trotz des Rückgangs infolge der Coronapandemie am stärksten zugelegt. Der private Konsum wurde nur um 0,8 % pro Jahr ausgeweitet. Der Außenhandel (einschließlich des Handels zwischen den Mitgliedsländern) legte stärker zu als die Inlandsnachfrage. Im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums erreichten die Ausfuhren ein durchschnittliches Wachstum von 3,1 % pro Jahr, die Einfuhren stiegen um 3,5 % jährlich.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Euroraum hat sich weiter verbessert. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging von 8,7 % im Jänner 2018 auf 6,7 % im Dezember 2022 zurück. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung ging die Arbeitslosenquote von 8,2 % im Jahr 2018 auf 6,7 % im Jahr 2022 zurück und belief sich im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums auf 7,9 %. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich im Prognosezeitraum zwar weiter verbessern, aber es machen sich zunehmend Arbeitskräfteknappheiten im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung bemerkbar.

Die Inflationsrate lag im Durchschnitt des Zeitraums 2018 bis 2022 bei 2,8 %. Während die Inflation bis Ende 2019 im Einklang mit dem Ziel der Europäischen Zentralbank war und das Preisniveau während der ersten Phase der Coronapandemie kaum stieg, hat sich die Teuerung mit der Erholung von der Pandemie, den Verwerfungen in den globalen Lieferketten und zuletzt auch wegen des Kriegs gegen die Ukraine kräftig beschleunigt. Im Oktober 2022 erreichte die Inflationsrate den Höchstwert von 10,6 %. Seitdem ist sie zwar auf 6,1 % im Mai 2023 gesunken, aber die Breite des Preisauftriebs hat deutlich zugenommen. So betrug die Kerninflation, also ohne die Preise für Energie und Lebensmittel, im Mai 5,4 %. Und auch bei den Lebensmitteln ist der Preisanstieg mit 12,5 % noch sehr hoch. Die Inflationsrate wird wohl noch längere Zeit sehr hoch bleiben und damit im Durchschnitt des Zeitraums 2023 bis 2027 mit 3,2 % noch höher als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahren sein (Tabelle 2).

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2018–2022	2023–2027
BIP-Wachstum	1,1	1,2
Arbeitslosenquote	7,9	6,7
Inflation HVPI	2,8	3,2

Quelle: Eurostat, ab 2023 Prognose des IHS

Im Zeitraum 2023 bis 2027 dürfte die Produktion im Euroraum um 1,2 % und in der EU-27 um 1,3 % pro Jahr zunehmen. Für die OECD-Länder wird eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1,5 % und für die Weltproduktion von 2,9 % erwartet. Damit fällt das Wachstum der Weltwirtschaft geringer aus als in der Vergangenheit. Eine wesentliche Rolle dabei spielt die Wachstumsverlangsamung in China. Zunächst wird die Dynamik dort vor allem durch die Probleme am Immobilienmarkt gebremst. Mittelfristig dämpfen demografische Faktoren und die Tatsache, dass das Potenzial für Produktivitätsfortschritte durch Technologieadaption geringer geworden ist. Das nachlassende Wachstum in China wird wohl nur zum Teil durch ein kräftigeres Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern kompensiert. Zum einen fehlen zumeist die institutionellen Voraussetzungen für eine höhere wirtschaftliche Dynamik, zum anderen ist der Anteil dieser Länder an der Weltwirtschaft gegenwärtig zu gering. Auch in den Industrieländern geht das Potenzialwachstum zurück. Hier dämpft vor allem die demografische Entwicklung, die in den kommenden Jahren in vielen Ländern zunehmend auf das Arbeitskräftepotenzial drückt. Bremsend dürften darüber hinaus die Dekarbonisierungsanstrengungen wirken, die in den kommenden Jahren hohe Investitionen erfordern, ohne dass dadurch zusätzlich Produktionskapazitäten entstehen.

Das Volumen des globalen Warenhandels nahm im Zeitraum 2018 bis 2022 um 2,2 % pro Jahr zu. Die Jahre 2020 bis 2022 waren von den Verwerfungen in den globalen Lieferketten infolge der Coronapandemie geprägt. Für die kommenden Monate deuten Frühindikatoren auf eine nur langsame Belebung des Welthandels hin. Ein Grund dafür ist, dass die globale Konjunkturerholung momentan vor allem von den Dienstleistungen getragen wird, während die Nachfrage nach Waren unter der hohen Inflation und den Zinserhöhungen leidet. Auch mittelfristig bleibt das Wachstum des Welthandels hinter der Expansion in früheren Perioden zurück. So bleiben Impulse von der Globalisierung aus. Während der Welthandel in den 1990er- und 2000er-Jahren im Zuge einer Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung deutlich stärker wuchs als die Weltproduktion, ist dies seit der Weltfinanzkrise 2008/2009 nicht mehr der Fall. Die Lieferengpässe, die in jüngerer Zeit die weltwirtschaftliche Aktivität spürbar behindert haben, und die zunehmende Polarisierung der geopolitischen Blöcke dürften die Bemühungen verstärken, die Produktionsketten widerstandsfähiger zu machen. In dem Maße, in dem dies durch eine Rückverlagerung von Produktion erfolgt, fällt der damit verbundene Verzicht auf Spezialisierungsvorteile umso größer aus. Dies verringert das Wachstum des Welthandels und auch der Weltproduktion.

Der Erdölpreis unterlag in den vergangenen Jahren starken Schwankungen. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung stieg er von 71,5 US-Dollar je Barrel Brent im Jahr 2018 auf knapp 99 US-Dollar im Jahr 2022. Für den Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums ergibt sich ein Preis von rund 70 US-Dollar je Barrel. Im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine ist der Ölpreis im Verlauf des Jahres 2022 zunächst stark gestiegen, dann aber auch wieder deutlich zurückgegangen. An den Terminmärkten geht der Preis für die kommenden Jahre leicht zurück. Für den Fünfjahreszeitraum 2023 bis 2027 wird in der vorliegenden Prognose ein durchschnittlicher Preis von rund 71 US-Dollar je Barrel zugrunde gelegt. Der durchschnittliche Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar betrug in den vergangenen fünf Jahren 1,13 USD/EUR. Wegen der deutlich rascheren Straffung der Geldpolitik in den USA im Vergleich mit dem Euroraum hat der Euro in den ersten Monaten des Jahres 2022 stark an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren. Mitte Juli erreichte er erstmals seit 20 Jahren die Parität von einem US-Dollar für einen Euro. Als die Europäische Zentralbank mit der Straffung der Geldpolitik nachzog, gewann der Euro wieder an Wert. Mitte Juli 2023 belief sich der Wechselkurs auf 1,10 US-Dollar je Euro, und dieser Wert wird auch für den Durchschnitt des Zeitraums 2023 bis 2027 unterstellt.

Risiken für die Weltwirtschaft gehen unter anderem von der Inflation und der Finanzmarktstabilität aus. Ein markanter Anstieg der mittelfristigen Inflationserwartungen würde wohl eine noch stärkere Straffung der Geldpolitik erfordern und damit die Nachfrage dämpfen. Die Probleme einiger Banken in den USA

und einer Großbank in der Schweiz im Frühjahr 2023 haben gezeigt, dass die abrupte Zinswende Banken unter Druck setzen kann. Sollte es den Aufsichtsbehörden anders als bisher nicht gelingen, diese Risiken unter Kontrolle zu halten, könnte es zu weiteren Finanzmarkturbulenzen kommen. Darüber hinaus dürfen die gegenwärtig niedrigen Energiepreise und gut gefüllten Erdgasspeicher in Europa nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein kalter Winter neuerlich starke Energiepreisanstiege zur Folge haben könnte. Weitere Risiken ergeben sich aus dem Klimawandel, denn Extremwetterereignisse oder längere Hitzeperioden würden auch die wirtschaftliche Aktivität gefährden, etwa über Zerstörungen des Kapitalstocks infolge von Überschwemmungen oder über Minderungen der Produktivität. Darüber hinaus könnten zunehmende geopolitische Spannungen und Polarisierungen die internationale Arbeitsteilung bedrohen, und eine Eskalation des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist ebenfalls weiterhin möglich.

3.2 Länderprognosen

Die Coronapandemie hat eine der längsten wirtschaftlichen Expansionsphasen in den **Vereinigten Staaten** abrupt unterbrochen. Dem wirtschaftlichen Einbruch folgte ein starker Aufholprozess. Die Wirtschaftsleistung stieg zwischen 2018 und 2022 um 2,1 % pro Jahr, womit das Wachstum im langfristigen Trend lag. Im ersten Quartal des laufenden Jahres wurde ein leichter BIP-Anstieg von 0,3 % verzeichnet. Die Wirtschaftspolitik umfasste neben der Pandemiebekämpfung einen Plan zum Wiederaufbau der Infrastruktur, ein umfangreiches sozialpolitisches Programm und Maßnahmen gegen den Klimawandel. Zuletzt wurde der Inflation Reduction Act (IRA) beschlossen, der Investitionen in grüne Energie und die Förderung heimischer Unternehmen und Innovation bei umweltfreundlichen Technologien vorsieht.

Die expansive Fiskalpolitik und der angespannte Arbeitsmarkt haben die Inflation angeheizt, was die Notenbank Fed dazu veranlasste, eine Straffung der Geldpolitik vorzunehmen. Nach zehn Leitzinsanhebungen seit März 2022 liegt die Bandbreite der Federal Funds Target Rate nun zwischen 5,0 und 5,25 %. Die Inflationsrate sank nach einem Höchststand bei knapp über 9 % im letzten Jahr auf 3,0 % im Juni. Trotz des restriktiven geldpolitischen Kurses erwies sich die Konjunktur als sehr robust und die Arbeitslosenquote lag im Juni 2023 bei 3,6 %. Das Institut geht weiterhin von einer moderaten Expansion der Wirtschaft aus und schätzt ein durchschnittliches BIP-Wachstum zwischen 2023 und 2027 von 1,6 %.

In **Japan** ist die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 0,2 % geschrumpft. Nach den Rückgängen in den Jahren 2019 und 2020 erholte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021. Der positive Trend setzte sich im Jahr 2022 mit einem

BIP-Wachstum von 1,0 % fort. Für eine dynamische Entwicklung im Prognosezeitraum stellt die seit dem Jahr 2010 stark schrumpfende Bevölkerung eine Herausforderung dar. Im Jahr 2022 ging die Bevölkerungszahl im Vorjahresvergleich um mehr als eine halbe Million Personen zurück. Das Land ist von einer wachsenden älteren Bevölkerung und einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung geprägt. Die Geburtenraten befinden sich unter den niedrigsten der Welt, und infolge einer restriktiven Migrationspolitik bleibt die Einwanderung minimal. Nach Angaben der japanischen Regierung machte die ausländische Bevölkerung im Jahr 2021 lediglich 2,2 % der Gesamtbevölkerung aus. Im April 2023 startete in Japan eine neue Kinder- und Familienagentur, die sich auf Maßnahmen zur Unterstützung von Eltern konzentriert und Beratungsmöglichkeiten für Jugendliche anbietet. Frühere ähnliche Initiativen konnten bislang keine Wende herbeiführen, da sich wegen steigender Lebenshaltungskosten viele junge Menschen kein Kind leisten können.

Im Prognosezeitraum wird das BIP voraussichtlich um durchschnittlich 0,9 % pro Jahr wachsen. Solide Unternehmensgewinne und die Arbeitskräfteknappheit dürften die Investitionstätigkeit erhöhen. Die Konsumausgaben werden durch eine expansive Finanz- und Geldpolitik unterstützt. Durch die niedrigen Zinssätze können auch die Auswirkungen der hohen Staatsverschuldung abgefedert werden. Eine Erholung der Auslandsnachfrage, insbesondere aus den USA, China und den anderen asiatischen Ländern, sollte zu einer dynamischen Entwicklung der japanischen Exporte in den nächsten Jahren führen und das BIP-Wachstum stützen. Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Rohstoffpreise könnten die Erholung aber dämpfen.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 5,2 % gewachsen. Nach dem wirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2020 erholte sich das BIP im Folgejahr, getrieben durch einen Aufschwung des privaten Konsums und eine starke Exportnachfrage. Dabei profitierte die chinesische Wirtschaft besonders stark vom globalen Aufschwung in der güterverarbeitenden Industrie und von der pandemiebedingten Verschiebung der globalen Nachfrage hin zu medizinischen Produkten sowie zu Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie. Dagegen haben die Verschärfung der Coronasituation zusammen mit der nachlassenden Dynamik der Industrieproduktion und den ungelösten Problemen des Immobiliensektors die Zunahme der Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 gedämpft. Gleichzeitig wurde in den letzten Jahren eine Umwandlung des chinesischen Wirtschaftsmodells von einer export- und investitionsgetriebenen hin zu einer stärker konsumgetriebenen Wirtschaft angestrebt, wodurch sich, im Einklang mit diesen Zielen, der Zuwachs der Investitionen im Zeitraum 2018 bis 2022 deutlich abgeschwächt hat. Infolge der pandemiebedingten Beschränkungen ist der private Konsum in den Jahren 2020 und 2022 zurückgegangen.

Im Prognosezeitraum dürfte das BIP-Wachstum im Durchschnitt 4,5 % betragen. Strukturprobleme, ein angeschlagener Immobiliensektor, eine sehr hohe Schuldenlast, nachlassendes Produktivitätswachstum sowie eine schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter werden zu einer Verlangsamung der BIP-Dynamik im Prognosezeitraum führen. Eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters – derzeit 60 Jahre für Männer, 50 Jahre für Fabrikarbeiterinnen und 55 Jahre für weibliche Angestellte in Büroberufen – wird diskutiert. Die staatliche Akademie der Wissenschaften warnt vor langfristigen Finanzierungsproblemen des Pensionssystems.

Zu den Herausforderungen der nächsten Jahre zählt auch die weitere Umsetzung der Entwicklungsstrategie, welche die Umstellung von Anlageinvestitionen und Schwerindustrie auf Binnenkonsum und Dienstleistungen sowie das Erreichen der technologischen Unabhängigkeit vorsieht. Weitere Herausforderungen betreffen die Verbesserung und Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen und der sozialen Sicherheitsnetze sowie den Abbau der hohen Jugendarbeitslosigkeit, der Arbeitslosigkeit unter den BinnenmigrantInnen und der internen Handelsschranken. Eine Umstellung der Wirtschaft auf nachhaltiges grünes Wachstum wird notwendig sein, um die Auswirkungen der Klimakrise im Land zu adressieren.

Die Wirtschaftsleistung in **Deutschland** ist im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 0,5 % gestiegen. Bereits in den Jahren 2018 und 2019 belief sich das Wachstum jeweils nur auf rund 1 %, vor allem wegen einer Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe. Im Jahr 2020 brach das Bruttoinlandsprodukt infolge der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie um 3,7 % ein. Die Auswirkungen der Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben auch die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beeinflusst. So ist der private Konsum im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums nur im Gleichklang mit dem BIP gestiegen, während der öffentliche Konsum mit 2,5 % pro Jahr das stärkste Wachstum aufwies. Schwach waren neben dem privaten Konsum auch die Anlageinvestitionen und die Warenexporte.

Der Arbeitsmarkt war im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre stabil. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging von 5,4 % im Jänner 2018 zunächst etwas zurück, stieg dann aber wieder und erreichte im Dezember des vergangenen Jahres 5,5 %. Die Beschäftigung stieg bis Juni 2020. Anschließend ging sie bis Mai 2022 deutlich zurück, bevor sie sich wieder erholte. Am Ende des Fünfjahreszeitraums war die Zahl der Erwerbstätigen um rund 156.000 Personen bzw. 6,5 % höher als zu Beginn der Periode. Im Verlauf des Projektionszeitraums dürfte die Beschäftigung bei steigender Erwerbsbeteiligung wieder ausgeweitet werden. Aufgrund der schwachen demografischen Entwicklung bleibt dieser Beschäftigungsaufbau jedoch hinter dem der vergangenen Jahre zurück und flacht ab 2025 merklich ab.

Im Durchschnitt des Zeitraums 2018 bis 2021 stiegen die Verbraucherpreise um 1,7 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat. Einer leichten Deflation während einiger Monate im ersten Jahr der Coronapandemie, vor allem wegen einer temporären Mehrwertsteuersenkung, folgte eine kräftige Inflationsbeschleunigung aufgrund von Lieferengpässen und der expansiven Wirtschaftspolitik. Im Jahr 2022 erhöhte sich die Inflation im Gefolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nochmals und erreichte im Oktober mit 11,6 % den Höhepunkt. Da der Preisauftrieb inzwischen viele Waren und Dienstleistungen erfasst hat, geht die Inflationsrate trotz sinkender Energiepreise nur langsam zurück. Damit dürfte der Verbraucherpreisanstieg über einen längeren Zeitraum über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp 2 % verharren.

Der Beginn des Prognosezeitraums wird von der hohen Inflation, den Zinsanhebungen und der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine geprägt. Die Wirtschaftsleistung dürfte daher gemäß der Sommer-Prognose des Instituts im laufenden Jahr um 0,2 % sinken und im kommenden Jahr um 1,8 % ausgeweitet werden. Mittelfristig bremst das sinkende Arbeitskräfteangebot die Wirtschaftsentwicklung. Auf der Verwendungsseite dürfte der private Konsum nur noch in mäßigem Tempo steigen. Wegen der schwachen Entwicklung der Erwerbstätigkeit nimmt die Lohnsumme nur schwach zu, und die Realeinkommen werden von der hohen Inflation gebremst. Die Bruttoanlageinvestitionen werden keine starke Dynamik entfalten, weil die Finanzierungskosten im Prognosezeitraum höher als in den vergangenen Jahren bleiben dürften und die Kapazitätsauslastung hoch ist. Andererseits werden die Unternehmen wohl dem Fachkräftemangel durch eine kapitalintensivere Produktionsweise begegnen. Auch vom Außenhandel sind keine nennenswerten Impulse zu erwarten. Die Weltwirtschaft expandiert nur moderat und die geopolitischen Spannungen und protektionistischen Tendenzen nehmen zu. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 2023 bis 2027 um 1,0 % pro Jahr zunehmen.

Italien befand sich vor der Coronakrise auf einem moderaten, durch geringes Produktivitätswachstum geprägten Wachstumspfad. Zwischen den Jahren 2018 und 2022 betrug das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt 0,5 %. Der Aufschwung nach der Coronakrise verlief für die schwer durch die Pandemie getroffene Volkswirtschaft zunächst dynamisch, schwächte sich aber bereits im vergangenen Jahr ab. Im ersten Quartal 2023 stieg das BIP um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Der Anstieg wurde überwiegend durch die Ausweitung des privaten Konsums ermöglicht. Im Mai lag die Anzahl der Beschäftigten mit knapp 23,5 Millionen auf einem Rekordniveau, während die Arbeitslosenquote mit 7,6 % historisch niedrig war. Die Inflationsrate hatte gegen Ende des vergangenen Jahres ihren Höchststand bei 11,8 %, bevor sie zu sinken begann

und im Juni bei 6,4 % landete. Der Tourismus hat nahezu wieder das Vorkrisenniveau des Jahres 2019 erreicht und bleibt weiterhin ein wichtiger Wachstumstreiber.

Die fiskalpolitischen Maßnahmen zur Unterstützung von Haushalten und Unternehmen angesichts der Teuerung beliefen sich laut Bruegel auf 5,2 % des BIP und werden im laufenden Jahr voraussichtlich zurückgeführt. Die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen sind seit letztem Jahr, als das Risiko einer hohen Gasabhängigkeit von Russland hinzukam, zwar erhöht, allerdings sind sie wieder leicht zurückgegangen. Die Straffung der Geldpolitik der EZB erhöht die Zinslast angesichts des hohen öffentlichen Schuldenstands. Das langfristige Wachstum wird von der Umsetzung der Maßnahmen des nationalen Wiederaufbauplans abhängen. Mit dem Wiederaufbauplan sind Investitionen verbunden, die durch NextGenerationEU-Mittel finanziert werden (200 Mrd. Euro), allerdings lagen die Ausgaben mit Ende 2022 wegen Verzögerungen bei öffentlichen Investitionsprojekten hinter dem Zeitplan zurück. Für den Zeitraum 2023 bis 2027 geht das Institut von einem durchschnittlichen jährlichen BIP-Wachstum von 1,0 % aus.

Frankreichs Wirtschaftswachstum betrug zwischen 2018 und 2022 im Durchschnitt 0,9 % pro Jahr. Vor dem Ausbruch der Coronakrise betrug das BIP-Wachstum im Durchschnitt 1,9 % (2017 bis 2019) und lag damit über dem Potenzialwachstum. Im Verlauf des letzten Jahres hat die Konjunktur trotz eines BIP-Anstiegs von 2,5 % zunehmend an Dynamik eingebüßt. Im ersten Quartal 2023 stieg das BIP um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal und wurde vorwiegend durch das Konsumwachstum angetrieben. Reallohneinbußen infolge der hohen Inflation und die geopolitische Unsicherheit durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine dämpfen die Konjunktur. Allerdings blieb die Inflation niedriger als in vielen anderen Ländern des Euroraums (4,5 % im Juni). Während die Unterbrechungen von globalen Lieferketten zurückgingen, berichtet die Industrie über zunehmenden Fachkräftemangel. Der Arbeitsmarkt präsentiert sich mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 % im Mai und einer Rekordbeschäftigung sehr robust. Für das Jahr 2023 wird ein BIP-Anstieg von 0,8 % prognostiziert, bevor das Wirtschaftswachstum zum Potenzialwachstum von 1,3 % konvergiert. Angebotsseitige Maßnahmen im Rahmen des Wiederaufbauplans, welcher sich auf ein Volumen von 100 Mrd. Euro beläuft (davon 40 Mrd. Euro von der EU), wie Investitionen in die Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung, sollten einen positiven Effekt auf das Potenzialwachstum entfalten. Im gesamten Prognosezeitraum 2023 bis 2027 ergibt sich ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,3 %.

Die Wirtschaftsleistung im **Vereinigten Königreich** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren einen durchschnittlichen Anstieg um 0,6 % pro Jahr. Die Konjunktur wies damit eine im Vergleich zu den anderen großen Industrieländern moderate Dynamik auf. Insbesondere der Brexit und seine Folgen haben das Wachstum merklich verlangsamt.

Im Coronajahr 2020 hat die Regierung erst spät Maßnahmen zur Eindämmung der Krise ergriffen und musste einen im internationalen Vergleich starken Wirtschaftseinbruch von 11,0 % hinnehmen. Die Inflation betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 3,4 % und der Leitzins der Bank of England war zunächst niedrig (0,1 %), wurde seit dem Frühjahr 2022 aber kräftig angehoben und liegt gegenwärtig bei 5 %. Zuletzt betrug die Inflation 8,7 %, nach einem Höchstwert von 10,7 % im November des vergangenen Jahres.

Das künftige Wirtschaftswachstum wird von der hohen Inflation und einer zunehmend restriktiveren Finanzpolitik beeinflusst. Zusätzlich gibt es nach wie vor brexitbedingte Friktionen im Handel mit der EU, insbesondere bei den Finanzdienstleistungen. Im Februar des vergangenen Jahres verlängerte die EU-Kommission die Ausnahmeregel für britische Finanzdienstleister, welche es diesen erlaubt, weiter in der EU tätig zu sein, bis Juni 2025. Es wird eine weitere Straffung der Geldpolitik im laufenden Jahr erwartet und der Arbeitskräftemangel zeigt nach wie vor dämpfende Effekte. Im Prognosezeitraum dürfte die Wirtschaft im laufenden Jahr nur schwach wachsen und anschließend moderate Wachstumsraten verzeichnen. Das BIP-Niveau von vor der Coronakrise wird voraussichtlich erst Mitte 2024 erreicht werden. Insgesamt sollte die Wirtschaft in der Prognoseperiode um durchschnittlich 1,6 % pro Jahr wachsen.

In den Jahren 2018 bis 2022 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 1,5 % pro Jahr, wobei die Coronakrise mit einem Rückgang von 2,5 % im Jahr 2020 relativ gut gemeistert wurde. Dafür war hauptsächlich der positive Beitrag des Außenhandels verantwortlich, insbesondere die starken Exporte von chemischen und pharmazeutischen Produkten. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) dürfte mit ihren Interventionen am Devisenmarkt dafür verantwortlich sein, dass der Franken im Zuge der Coronakrise nicht stärker aufgewertet hat. Die Inflation war in der vergangenen Fünfjahresperiode mit 0,8 % sehr niedrig und die Leitzinsen der SNB bis September 2022 im negativen Bereich. Seitdem wurden die Leitzinsen auf momentan 1,75 % angehoben. Auch in der Schweiz ist die Inflation im vergangenen Jahr angezogen (Höchstwert: 3,5 %), ging seit März zurück und betrug zuletzt 1,7 %. Im Lauf des Jahres wird aber insbesondere aufgrund steigender Mieten und einem stärkeren Teuerungsdruck bei den Dienstleistungen wieder eine höhere Inflation erwartet.

Das Wachstum wird in den kommenden Jahren von erhöhter Inflation, der Energieversorgungslage und der internationalen Wirtschaftsentwicklung geprägt. Die relativ schwache Weltnachfrage zu Beginn der Prognoseperiode dürfte die Investitionen etwas dämpfen. Zudem dürfte der Wert des Schweizer Franken hoch bleiben, was einerseits die Exportwirtschaft belastet und andererseits den Inflationsdruck begrenzt. Die SNB hat zuletzt an den Devisenmärkten eher sichergestellt, dass der Franken nicht zu stark an Wert verliert, um die importierte Inflation zu dämpfen. Seit Juli vergangenen Jahres

notierte der Euro durchgehend unter der Marke von einem Schweizer Franken (außer an einzelnen Tagen im Jänner 2023). Nach einem anziehenden Wachstum im kommenden Jahr sollte die Produktionslücke im Jahr 2025 geschlossen sein, anschließend dürfte sich das BIP im Einklang mit dem Potenzial entwickeln. Damit sollte die Wirtschaft im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre ein jährliches Wachstum von 1,5 % erzielen.

Nach einem BIP-Anstieg um 3,1 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte sich das Wirtschaftswachstum in den nicht dem Euroraum angehörenden **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** (NMS-5) etwas verlangsamen und im Durchschnitt der Jahre 2023 bis 2027 2,6 % betragen. Damit beträgt das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum 1,4 Prozentpunkte, womit die Konvergenz weiter fortschreitet. Dabei wird der Aufholprozess von der steigenden Arbeitsproduktivität und der damit einhergehenden Annäherung des Lohnniveaus an den EU-Durchschnitt unterstützt.

Nach dem pandemiebedingten Einbruch der Konjunktur im Jahr 2020 erholte sich das BIP in allen Ländern der Region im Jahr 2021. Die positive Entwicklung setzte sich im Jahr 2022 mit einem langsameren Tempo fort. In den Jahren 2023 bis 2027 dürfte die Wirtschaftsleistung der mittel- und osteuropäischen Länder moderat zunehmen. Die treibende Kraft der Wirtschaftsdynamik bleibt am Anfang des Prognosezeitraums in allen Ländern die Inlandsnachfrage. Der private Konsum und die Investitionen, hauptsächlich im Wohnungsbau und im Energiesektor, tragen das Wachstum. Die Implementierung von Investitionsprojekten im Rahmen des NextGenerationEU-Programms sowie des EU-Haushalts 2021 bis 2027 dürften die Wirtschaftsleistung in diesen Ländern unterstützen. Allerdings dämpfen die hohe Inflation und die angestiegenen Zinsen für Konsumkredite die Konsumneigung in diesem und im nächsten Jahr. Darüber hinaus bremsen die höheren Zinsen die Investitionen. Sie machen neue Projekte teurer und stellen die Rentabilität vieler Projekte in Frage. Während die Zentralbank in Ungarn im Mai und im Juni schon zwei Zinssenkungen von jeweils 100 Basispunkten vorgenommen hat und weitere Zinssenkungen für dieses Jahr angekündigt hat, ist in Polen und Tschechien mit einer ersten Senkung der Leitzinsen der Zentralbanken erst im vierten Quartal dieses Jahres und in Rumänien im nächsten Jahr zu rechnen. Es wird allerdings erwartet, dass die Zinsen längere Zeit höher bleiben werden. Nach einer schwachen Dynamik im laufenden Jahr dürften sich die Exporte erholen und in den Folgejahren in den exportorientierten osteuropäischen Volkswirtschaften einen positiven Beitrag zum Wachstum leisten.

Die allgemeine Ausweichklausel für die EU-Fiskalkriterien läuft Ende 2023 aus. Die Ergebnisse des ersten Halbjahres 2023 deuten darauf hin, dass alle osteuropäischen EU-Länder mit Ausnahme Kroatiens ein Haushaltsdefizit von mehr als 3 % des BIP für das

Jahr 2023 verzeichnen könnten. Ob ein Defizitverfahren eingeleitet wird, entscheidet die EU-Kommission auf Basis der Budgetergebnisse für 2023, von Einmalmaßnahmen sowie der Budgetprognosen für 2024. Ein erhöhtes Risiko für ein Defizitverfahren weisen neben Rumänien, das sich schon vor der Pandemie in einem solchen Verfahren befand, Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei auf. Die Verlängerung von staatlichen Förderprogramme für Unternehmen, die Beibehaltung von Energiesubventionen für Haushalte, ein langsames Wirtschaftswachstum sowie steigender Schuldendienst stellen die größten Belastungen für die Haushalte der Länder dar. In Ungarn und in Polen kommt noch der Mangel an EU-Mitteln hinzu. Da die europarechtlichen Voraussetzungen für die Auszahlung von Geldern aus dem NextGenerationEU-Programm an Ungarn und Polen weiterhin nicht erfüllt sind, haben diese Länder bis dato noch keine Mittel erhalten. Die meisten staatlichen Infrastrukturprojekte wurden in Ungarn aufgrund der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung gestrichen.

Nach dem krisenbedingten kräftigen Anstieg der Budgetdefizite und Schuldenquoten dürfte die Fiskalpolitik in den nächsten Jahren in allen Ländern der Region gestrafft werden. Die Regierungen kündigten Pläne zur Haushaltskonsolidierung mit Maßnahmen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite an. Die Schuldenquote ist aber von Land zu Land unterschiedlich hoch. Während die Schuldenquoten in Kroatien, Ungarn und Slowenien im Jahr 2022 rund 70 % des BIP betragen, lagen sie in Bulgarien, Tschechien, Rumänien und Polen mit Werten unter 50 % des BIP auf einem moderaten Niveau.

Die Automobilindustrie ist mit einem hohen Anteil an der Industrieproduktion und den Exporten ein wichtiger Wirtschaftszweig in allen mittel- und osteuropäischen Ländern. Zurzeit befindet sich diese Branche im Umbruch. Der Umstieg der Produktion auf Elektromobilität, die Digitalisierung und das automatisierte Fahren bedeuten für diese Länder tiefgreifende Transformationsprozesse innerhalb der Industrie und verstärken mittelfristig die Herausforderungen für die Arbeitsmärkte der Region. Die Verbesserung der Lieferkettensituation, die Eröffnung neuer Produktionskapazitäten in Ungarn sowie der angekündigte Bau von Elektroauto-Batteriefabriken in Ungarn, Rumänien und der Slowakei dürften das Wachstum dieser Branche stützen. In Tschechien setzen die nationalen Investitionsförderungen Anreize für Investitionen in neue Technologien sowie in Forschung und Entwicklung.

Die starke Abhängigkeit von russischen Energieimporten erhöht jedoch die Konjunkturrisiken am Anfang der Prognoseperiode. Mittelfristig stellen die Bemühungen zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Brennstoffen, die Beschleunigung grüner Investitionen und die Diversifizierung der Energieversorgung Herausforderungen für diese Länder dar. Die Energieintensität ist im Jahr 2022 in den osteuropäischen EU-

Ländern weiter gesunken, bleibt allerdings in Ungarn, Tschechien und Polen hoch. Rumänien hingegen weist eine der niedrigsten Energieintensitäten weltweit auf.

Die Mittel aus dem NextGenerationEU-Programm sind im Prognosezeitraum in den osteuropäischen EU-Mitgliedern einer der wichtigsten Wachstumstreiber. Sie werden maßgeblich zur Finanzierung von Projekten zur Dekarbonisierung und Digitalisierung eingesetzt. Bisher haben alle osteuropäischen EU-Länder außer Ungarn und Polen die erste Zahlung erhalten. Kroatien hat bereits rund 40 %, die Slowakei und Rumänien über 30 % und Tschechien und Bulgarien über 20 % der vorgesehenen Mittel bekommen. Unter diesen Ländern wurde bisher die zweite Zahlung nur an Kroatien und die Slowakei getätigt. Derzeit liegen keine Anträge für die dritte Zahlung vor. In einigen Ländern verzögerten sich die erforderlichen Strukturreformen, und da diese die Voraussetzung für die Auszahlung der Mittel sind, kam es zu einer Folgewirkung auf den Zahlungsplan.

Das Ziel Bulgariens, am 1. Jänner 2024 dem Euroraum beizutreten, wurde verschoben, da das Land die notwendigen Kriterien für den Beitritt als 21. Mitglied des Euroraums derzeit nicht erfüllt. Zunächst müssen die notwendigen Gesetze zur Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption verabschiedet werden. Danach könnte das Land womöglich 2025 dem Euroraum beitreten.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2018–2022	2023–2027
BIP, real		
Deutschland	0,5	1,0
Italien	0,5	1,0
Frankreich	0,9	1,3
Vereinigtes Königreich	0,6	1,6
Schweiz	1,5	1,5
USA	2,1	1,6
Japan	-0,2	0,9
China	5,2	4,5
Polen	4,0	2,7
Slowakei	1,9	2,3
Tschechien	1,3	2,1
Ungarn	3,4	2,5
Slowenien	3,3	2,4
MOEL-5 ⁱ	3,1	2,3
Bulgarien	2,7	2,5
Rumänien	3,3	3,6
Kroatien	3,2	2,7
Euroraum	1,1	1,2
NMS-5 ⁱⁱ	3,1	2,6
EU-27	1,4	1,3
OECD	1,6	1,5
Welt	2,5	2,9
Welthandel (Waren laut CPB)	2,2	2,9
Österreichische Exportmärkte	2,8	2,9
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,13	1,10
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	70,0	71,2

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2023 Prognose des IHS

4 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** verzeichnete vor dem Ausbruch der Coronakrise ein solides Wachstum. Die Entwicklung war im Einklang mit der robusten internationalen Dynamik, allerdings hatte sich seit Ende 2018 eine Abkühlung des Welthandels abgezeichnet, die nicht zuletzt von den zahlreichen insbesondere von der damaligen US-Regierung geführten Handelskonflikten ausging. Im Jahr 2020 führte der pandemiebedingte Einbruch zu einem Rückgang der Exporte i. w. S. von 10,7 %. Die Wiederbelebung des weltweiten Warenhandels und der Industrieproduktion ließ nicht lange auf sich warten, und die Außenwirtschaft verzeichnete mit einem durchschnittlichen Exportwachstum von 11,1 % in den Jahren 2021 und 2022 einen kräftigen Aufschwung.

Für den gesamten Prognosezeitraum wird ein Wachstum der Warenexporte von 2,7 % pro Jahr erwartet. Die Reiseverkehrsexporte werden laut Prognose um durchschnittlich 5,0 % ansteigen. Dieser vermeintlich hohe Wert wird allerdings nur durch das sehr kräftige Wachstum zu Beginn der Prognoseperiode erreicht, welches auf Coronaaufholeffekte zurückzuführen ist, im restlichen Verlauf wachsen die Reiseverkehrsexporte moderat. Während die Warenexporte das Vorkrisenniveau bereits im Jahr 2021 wieder erreicht haben, dürften die Reiseverkehrsexporte selbst im Jahr 2027 noch leicht hinter dem Vorkrisenniveau zurückbleiben. Das erwartete Wachstum der Exporte i. w. S. von im Durchschnitt 2,9 % pro Jahr impliziert, dass die österreichische Exportwirtschaft im Prognosezeitraum ihre Marktanteile halten wird.

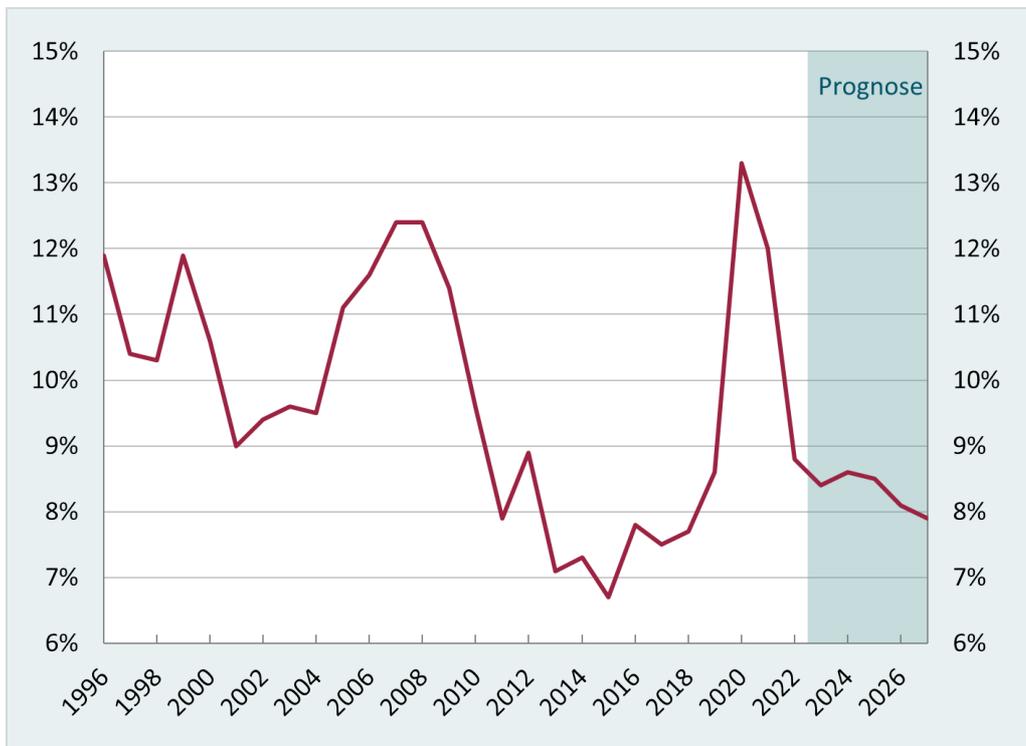
Für die realen Importe i. w. S. wird ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 2,8 % zwischen 2023 und 2027 prognostiziert. Für die Reiseverkehrsimporte ergibt sich im Prognosezeitraum ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 2,5 %. Durch die Preisanstiege bei den Warenimporten haben sich die Terms of Trade im vergangenen Jahr verschlechtert. Das Verhältnis der Preise von exportierten zu importierten Waren und Dienstleistungen sank im Jahr 2022 um 3,5 %. Für die Jahre 2023 und 2024 wird erwartet, dass sich die Terms of Trade vor allem aufgrund der sinkenden Preise für Energieimporte wieder leicht verbessern werden. Für den restlichen Prognosezeitraum werde keine weiteren Schocks in den Terms of Trade unterstellt.

5 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Prognosezeitraum wachsen die real verfügbaren Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 1,1 %, was etwas schwächer ist als der längerfristige Normalwert dieser Expansionsrate, denn seit 1995 sind die real verfügbaren Einkommen jährlich um 1,9 % im Median gewachsen. Zu dem nur mäßigen Einkommenswachstum trägt die Inflationsrate bei, die sich nur langsam abbaut und die Kaufkraft beeinträchtigt. Die mittlere jährliche Wachstumsrate für den realen **Konsum der privaten Haushalte** mit 1,3 % hingegen übertrifft die Dynamik der Einkommen, wenn auch nur geringfügig. Diese leichte Diskrepanz ist fast zur Gänze durch einzelne Jahre zu erklären, in denen schwächere Einkommenszuwächse durch Entsparen kompensiert werden. Die während der Pandemie geltenden Konsumeinschränkungen haben dazu geführt, dass die Haushalte nun mit einem Polster an Geldvermögen ausgestattet sind, der für zusätzliche Anschaffungen zur Verfügung steht. Die Haushalte konsumieren also noch während eines begrenzten Zeitraums deutlich nach und kehren dann zu einem Zielwert für ihre Sparquote zurück.

Als Begleiterscheinung der Stabilisierung nach den Verwerfungen der Coronapandemie ist die **Sparquote der Haushalte** von ihrem Rekordniveau 2020 aus steil abgefallen und nähert sich in der weiteren Folge einem mittelfristigen Gleichgewichtswert von etwas unter 8 %. Über den Prognosezeitraum gerechnet ist die mittlere Haushaltssparquote 8,3 % und entspricht am Ende dem mutmaßlichen Gleichgewichtswert. Das kleinere Nachfrageaggregat **Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im Prognosezeitraum mit 1,7 % pro Jahr, also etwas stärker als der Haushaltskonsum. Da dieses Aggregat nur einen geringen Anteil am Konsum hat, gilt die mittlere jährliche Wachstumsrate von 1,3 % unverändert auch für den gesamten **privaten Konsum**, der sich aus dem Eigenkonsum und dem Konsum der Haushalte zusammensetzt.

Abbildung 8 zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote seit 1996, wobei es sich bei den letzten fünf Werten um Prognosen handelt. Das langfristige Mittel dieser Kenngröße liegt bei 9,7 %, was über die konkrete Situation allerdings wenig aussagt, denn in den letzten Jahrzehnten war ihre Dynamik von markanten Wellenbewegungen dominiert. Ein solcher Zyklus hat im Jahr 2015 seine Talsohle von 7,1 % erreicht. In der Folge baute sich die Sparquote langsam wieder auf und erreichte vor der Pandemie 8,6 %. Während der moderate Konsumverzicht dieser Jahre freiwillig war, als die Haushalte einfach ihre Sparpolster tendenziell aufbauten, war das Verhalten im ersten Pandemiejahr 2020 weitgehend fremdbestimmt, denn das Konsumieren war in gewissen Kategorien während längerer Zeiträume gar nicht oder nur mit Einschränkungen möglich.

Abbildung 8: Sparquote der privaten Haushalte

Quelle: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Abgesehen von der deutlich erkennbaren Reaktion der österreichischen Haushalte auf Änderungen ihrer Einkommen und dem unausweichlichen Ausbleiben eines wesentlichen Teils des Konsums angesichts geschlossener Geschäfte, sind viele andere mögliche und in internationalen Studien genannte Effekte auf die Haushaltsnachfrage nicht gesichert. Weder steigende oder fallende Arbeitslosigkeit noch die Sorge um den Schuldenstand der öffentlichen Hand haben in Österreich eine statistisch gesicherte Reaktion der Haushalte im Aggregat zur Folge. Ebenso dürfte im Prognosezeitraum ein aus Ländern mit sehr hohem Preisauftrieb bekannter konsumdämpfender Verwirrungseffekt durch Inflation, d. h., dass absolute mit relativen Preisänderungen verwechselt werden, keine Rolle spielen. Vor der Coronakrise war ein Effekt der Einkommensverteilung zwischen Lohn- und Gewinneinkommen statistisch messbar, wobei Lohneinkommen stärkere Auswirkungen auf den privaten Konsum hatten. In den letzten Jahren ist dieser Effekt vermutlich coronabedingt kaum mehr nachweisbar. Da im Prognosezeitraum die Lohneinkommen etwas dynamischer sind, würde von diesem Effekt ein leichter positiver Konsumimpuls ausgehen. Das Wirken der sogenannten Fehlerkorrektur ist jedoch über die Coronakrise hinweg erhalten geblieben. Es führt dazu, dass starke Einkommenszuwächse die Haushaltssparquote verringern, eine eher schwache Einkommensdynamik sie aber erhöht. Dieser Effekt wirkt im

Prognosezeitraum nachfragedämpfend, wird aber durch die erwähnte Reserve an Geldvermögen kompensiert.

Eine fallende Haushaltssparquote bedeutet gleichzeitig einen steigenden Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen innerhalb des Haushaltssektors. Abbildung 9 versucht demgegenüber, ein Gesamtbild für die längerfristige Dynamik des Anteils der Konsumnachfrage am gesamtwirtschaftlichen Output zu vermitteln. Dieser Anteil ist hier zum Vergleich gemeinsam mit dem Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt dargestellt. Sowohl **Konsumquote** als auch **Investitionsquote** werden zu laufenden Preisen, also nominell, gemessen. Diese Quotienten gehören historisch zu den sogenannten „großen Quotienten“¹ und werden häufig als langfristig konstante, also stationäre Kennzahlen einer Ökonomie angesehen. In Österreich zeigt die Konsumquote einen tendenziellen Rückgang von fast 54 % auf unter 48 % im Jahr 2020. Im Prognosezeitraum wird sie auf diesem Niveau verharren. Ähnlich ist die Investitionsquote bis zum Jahr 2010 tendenziell gefallen, anschließend jedoch wieder angestiegen. Im Prognosezeitraum verbleibt sie auf einem stabilen Niveau von gut 25 %. International ist die Evidenz bezüglich einer stationären Konsumquote nicht eindeutig. Eine fallende Konsumquote könnte darauf zurückzuführen sein, dass gewisse private Leistungen von der öffentlichen Hand übernommen werden, etwa im Bildungssektor.

¹ Klein, L.R., Kosobud, R.F. (1961), Some Econometrics of Growth: Great Ratios of Economics, *The Quarterly Journal of Economics*, 75(2), S. 173-198; King, R.G., Plosser, C.I., Stock, J.H., Watson, M.W. (1991), Stochastic Trends and Economic Fluctuations, *American Economic Review*, 81, S. 819-840; Harvey, D.I., Leybourne, S.J., Newbold, P. (2003), How great are the great ratios? *Applied Economics* 35(2), S. 163-177, Chudik, A., Pesaran, M.H., Smith, R.P. (2022), Revisiting the great ratios hypothesis, Working Paper, Federal Reserve Bank of Dallas.

Abbildung 9: Konsum der privaten Haushalte und Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am BIP



Quelle: Statistik Austria, ab 2023 Prognose des IHS

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen) wurden im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 2,8 % pro Jahr ausgeweitet. Zwar brachen die Investitionen im Jahr 2020, also im ersten Jahr der Coronapandemie, ein, aber dieser Rückgang wurde bereits im darauffolgenden Jahr mehr als wettgemacht. Im Verlauf des Jahres 2022 machten sich die Belastungen durch die Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, die starken Preisanstiege für Energieträger und Industrierohstoffe sowie die kräftigen Zinserhöhungen bremsend bemerkbar. Überdurchschnittlich war das Wachstum im Durchschnitt des zurückliegenden Fünfjahreszeitraums mit 3,8 % pro Jahr bei den Investitionen in Ausrüstungen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und in geistiges Eigentum (5,0 % pro Jahr), während die Ausweitung der Investitionen der Kategorie „Andere Maschinen und Geräte“ mit durchschnittlich 2,2 % niedriger war und die Investitionen in Fahrzeuge sowie in Nutztiere und Nutzpflanzungen im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums zurückgingen.

Die Sachkapitalbildung wird wohl noch längere Zeit schwach bleiben. Die Auslastung der Produktionskapazitäten ist nach wie vor hoch, sowohl in der Industrie als auch in der Gesamtwirtschaft, wie die Schätzung des Produktionspotenzials zeigt (Kapitel 2). Damit besteht gegenwärtig kaum Bedarf, in die Erweiterung der Kapazitäten zu investieren. Auch von der Finanzierungsseite erhalten die Investitionen Gegenwind. Die

Nominalzinsen werden wohl noch weiter steigen, und mit langsam zurückgehender Inflation erhöhen sich auch die Realzinsen. Darüber hinaus haben die Geschäftsbanken in Österreich gemäß der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) ihre Angebotspolitik für Unternehmenskredite im vergangenen Jahr deutlich verschärft, hauptsächlich aufgrund einer ungünstigeren Risikoeinschätzung. Die Finanzierungsbedingungen dürften daher auch in der mittleren Frist ungünstiger bleiben als in den vergangenen fünf Jahren. Gestützt wird die Investitionstätigkeit dadurch, dass praktisch keine Angebotsbeschränkungen durch Störungen der globalen Lieferketten mehr bestehen. Außerdem dürften die Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere jene in IKT-Ausrüstung, mittelfristig vom österreichischen Aufbau- und Resilienzplan im Rahmen des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU profitieren. Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2023 bis 2027 um 1,8 % pro Jahr ausgeweitet werden, wobei sie nach einer Stagnation im heurigen Jahr und einer Ausweitung um 2,0 % im Jahr 2024 auf ein Wachstum von 2 ¼ % pro Jahr im restlichen Prognosezeitraum einschwenken dürften.

Der kräftige Anstieg der internationalen Rohstoffpreise im vergangenen Jahr hat sich auch bei den heimischen Investitionsgüterpreisen niedergeschlagen. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen um 4,7 %. Davor hatte der entsprechende Preisauftrieb seit dem Jahr 1996 nie mehr als 2,1 % betragen. Da bei den Preisen für Energie und Metalle inzwischen eine deutliche Entspannung zu erkennen ist, wird sich wohl auch der Anstieg der Investitionsgüterpreise allmählich beruhigen. Für den Jahresdurchschnitt 2023 ergibt sich dennoch eine Zunahme um 5,0 %. Bis zum Ende des Fünfjahreszeitraums wird sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen wohl auf 1,3 % abschwächen. Für den gesamten Zeitraum 2023 bis 2027 ergibt sich eine durchschnittliche Erhöhung um 2,4 % pro Jahr.

Die **realen Bauinvestitionen** wurden im Zeitraum 2018 bis 2022 durchschnittlich um 2,0 % pro Jahr ausgeweitet, wobei die Wohnbauinvestitionen um 1,4 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 2,4 % pro Jahr stiegen. Die markant höheren Finanzierungskosten im Jahr 2022 machten sich deutlich bemerkbar. Die sonstigen Bauinvestitionen stagnierten, und der Wohnbau ging um 3,3 % zurück.

Im Prognosezeitraum werden sich wohl vor allem die Wohnbauinvestitionen schwach entwickeln. Die Baubewilligungen sind im vergangenen Jahr eingebrochen und waren damit so niedrig wie zuletzt im Jahr 2012. Da die Inflation nur langsam zurückgeht, werden sich auch die Realeinkommen vor allem zu Beginn des Projektionszeitraums nur verhalten entwickeln. Gestützt wird der Wohnbau von der weiter steigenden Bevölkerung. Außerdem erfordert die Erreichung der Klimaschutzziele erhebliche Investitionen in die thermische Gebäudesanierung und den Austausch von Heizungen. Bei den Bauinvestitionen der Unternehmen macht sich die Konjunkturdelle bemerkbar,

aber mit der erwarteten Konjunkturbelebung werden die Unternehmen wohl nicht nur wieder mehr in Ausrüstungen, sondern auch in Bauten investieren. Gestützt werden die Bauinvestitionen von der deutlichen Entspannung bei den Preisen für Baumaterialien. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen steht die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen im Zuge der Gewährung von Subventionen und Transfers während der Coronakrise und zur Abfederung der Folgen der hohen Inflation einer kräftigen Belebung entgegen. Die Finanzierungskosten werden wohl im gesamten Projektionszeitraum höher sein als im vergangenen Fünfjahreszeitraum. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr sinken und sich anschließend nur langsam beleben. Daraus ergibt sich, dass die Bauinvestitionen im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums um 0,2 % pro Jahr sinken.

Die Baupreise werden maßgeblich von den Kosten der Baumaterialien und deren Grundstoffe wie Eisen, Stahl und Erdöl beeinflusst. Außerdem spielen die Lohnkosten eine Rolle, wobei im Tiefbau der Einfluss der Materialkosten überwiegt, während in den personalintensiven Bereichen, etwa im Ausbaugewerbe, die Lohnkosten eine größere Rolle spielen. In den vergangenen fünf Jahren belief sich der Auftrieb der Baupreise auf 4,7 % pro Jahr. Dabei erhöhten sich die Preise im Wohnbau um 6,7 % und im Tiefbau um 1,7 % pro Jahr. Der Deflator der Bauinvestitionen nahm um 5,5 % pro Jahr zu. Dabei beschleunigte sich der Preisauftrieb in den Jahren 2021 und 2022 kräftig und erreichte im Durchschnitt des vergangenen Jahres 12,9 %. Auch wenn die Preise für Baumaterialien und Energieträger inzwischen zu sinken begonnen haben, ergibt sich für den Durchschnitt des heurigen Jahres aufgrund des hohen Niveaus zu Jahresbeginn ein Anstieg des Bauinvestitionsdeflators um 10,0 %. Bis 2027 sollte sich der Preisanstieg auf 2,3 % abschwächen, sodass sich für den Durchschnitt des Projektionszeitraums eine Zunahme um 4,5 % pro Jahr ergibt.

Die gesamten **realen Bruttoanlageinvestitionen**, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind in den vergangenen fünf Jahren um 2,4 % pro Jahr gestiegen. Die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Anlageinvestitionen bis 2027 eine Zunahme um 0,8 % pro Jahr. Die Investitionsquote, also der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, hat sich von 23,6 % im Jahr 2017 auf 26,2 % im Jahr 2022 erhöht. Für das laufende Jahr folgt aus der Prognose ein weiterer leichter Rückgang auf knapp 26 %. Von 2024 bis 2027 sollte die Investitionsquote bei 25 ½ % liegen. Das Wachstum der gesamten **realen Bruttoinvestitionen**, also die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, dürfte im Prognosezeitraum 1,1 % pro Jahr erreichen, nach 1,7 % pro Jahr im zurückliegenden Fünfjahreszeitraum.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** verbessert sich im Prognosezeitraum zunehmend. Das Budget war in den letzten Jahren stark von den staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen

und Anti-Teuerungspakten geprägt. Entsprechend wurde in den letzten drei Jahren das Maastricht-Kriterium für das Budgetdefizit von 3 % vom Bruttoinlandsprodukt teilweise deutlich verfehlt. Durch das Auslaufen der staatlichen Coronahilfen im heurigen Jahr und der Anti-Teuerungspakete im kommenden Jahr werden die öffentlichen Haushalte entlastet. Starkes nominelles Wachstum führt zu einem kräftigen Anstieg der Steuerbasen. Hingegen führen die ökosoziale Steuerreform und die Abschaffung der kalten Progression zu geringeren Einnahmen. Gleichzeitig belasten die Zunahme der monetären Sozialleistungen, höhere Gehälter und Zinskosten das Budget. Für das laufende Jahr erwartet das Institut ein Defizit von 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit auf 1,6 % zurückgehen. Unter der Annahme einer strikten Ausgabendisziplin könnte das Defizit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 1,1 % sinken. Die mittelfristige Budgetprognose ist mit großer Unsicherheit behaftet. Anhaltend hohe Inflationsraten oder langfristig hohe Energiepreise können zu einer Zunahme des Defizits führen.

Die ökosoziale Steuerreform, der Ausgleich der kalten Progression und die Indexierung vieler Sozialleistungen erhöhen das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Das Aufkommen indirekter Steuern wächst durch die Zunahme der privaten Konsumausgaben voraussichtlich kräftig. Das Institut sieht die Maßnahmen der Bundesregierung zur Absenkung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit im Rahmen der ökosozialen Steuerreform und die zielgerichteten Maßnahmen zur Abfederung der Teuerungsfolgen positiv. Eine geringere Abgabenbelastung sowie eine adäquate CO₂-Bepreisung wurden vom Institut immer wieder gefordert. Durch die systematische Abschaffung der kalten Progression wird eine inflationsbedingte steuerliche Mehrbelastung des Faktors Arbeit in Zukunft verhindert. Jedoch dämpfen diese Maßnahmen und die stufenweise Senkung der Körperschaftssteuer die Einnahmen aus direkten Steuern merklich.

Auch ausgabenseitig gibt es eine Reihe dynamischer Entwicklungen. Die monetären Sozialleistungen nehmen aufgrund der allgemeinen Teuerung deutlich zu. Insbesondere die Indexierung der Pensionen und der Wegfall der aliquoten Pensionsanpassungen in den Jahren 2024 und 2025 führen zeitlich verzögert zu steigenden Ausgaben. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich robust und wirkt für sich genommen entlastend auf das Budget. Die voraussichtlich hohe Lohndynamik führt jedoch zu steigenden Ausgaben für die Besoldung der öffentlich Beschäftigten. Auch die Zinsausgaben nehmen wieder zu. Die Marktzinsen haben deutlich angezogen. Ausgehend von einem historisch geringen Wert im Jahr 2022 wird bis zum Ende des Prognosehorizonts mit einer Verdopplung der Kosten des Schuldendienstes gerechnet.

Mittelfristig bleibt Österreich voraussichtlich auf einem nachhaltigen Budgetkurs, allerdings implizieren die Alterung der Bevölkerung, notwendige Infrastrukturausgaben

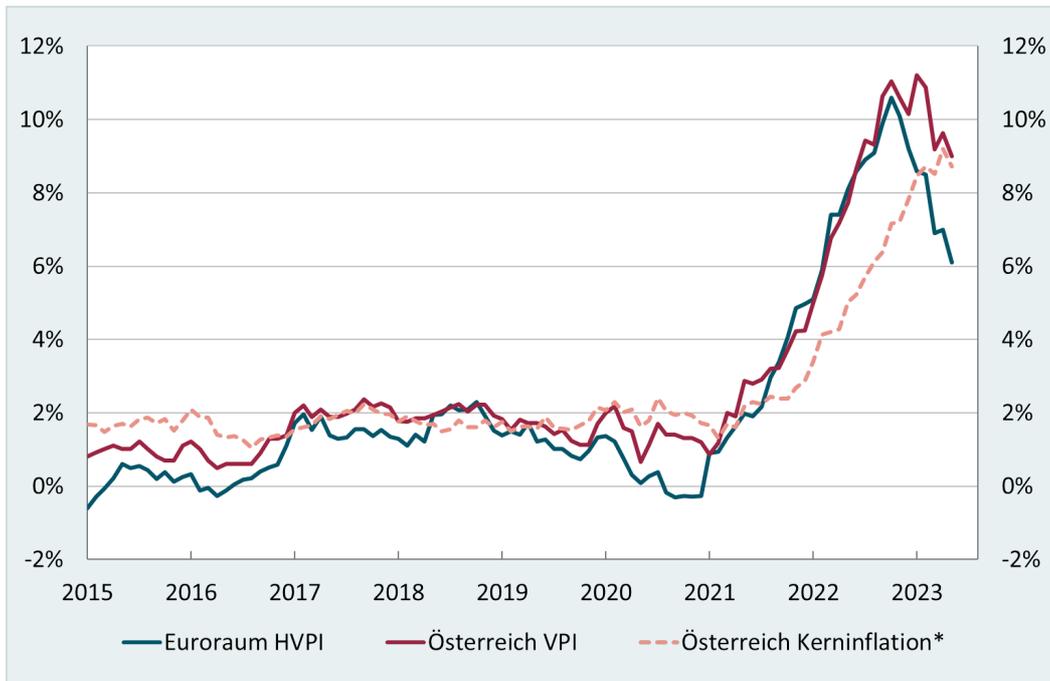
im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Anstieg der langfristigen Zinsen zusätzliche Ausgaben. Strukturreformen in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen würden die Kostendynamik verlangsamen und die fiskalische Nachhaltigkeit stärken. Durch eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie könnten Wachstumspotenziale gehoben werden und größere budgetäre Spielräume geschaffen werden. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen erfordern wohl auch eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Sicherheitspolitik.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind letztes Jahr mit 4,5 % bereits kräftig gestiegen. Dennoch reichte der Anstieg nicht aus, um die Kaufkraftverluste aufgrund der stark gestiegenen Inflation wettzumachen. Die Reallöhne, gemessen am Deflator des privaten Konsums, sanken um 2,8 %. Wenn man die Kostensituation der Unternehmen im Blick hat und den BIP-Deflator heranzieht, zeigt sich kein Rückgang der derart gemessenen Reallöhne. In der kommenden Lohnrunde werden nicht zuletzt aufgrund eines angespannten Arbeitsmarkts hohe Tarifabschlüsse erwartet. Unter Berücksichtigung einer negativen Lohndrift dürften die Nominallöhne dieses Jahr um 7,0 % zunehmen, sich dann aber bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf Zuwachsraten um 3,0 % zurückbilden. Die für die Haushalte relevanten Preissteigerungen (Konsumdeflator) werden etwas dahinter zurückbleiben, sodass sich im Mittel des Prognosezeitraums ein durchschnittliches, jährliches Reallohnplus von 0,8 % ergibt.

Mit Ausbruch der Coronapandemie sank die **Inflation** (gemessen am Anstieg des VPI) im Jahr 2020 auf 1,4 %. Das abrupte Zusperrern sowie das unerwartet schnelle wieder Hochfahren wirtschaftlicher Aktivitäten brachte Angebot und Nachfrage aus der Balance. Schließungen von Häfen brachten Lieferketten ins Stocken. Der Preisanstieg für einige international gehandelte Güter beschleunigte sich, sodass im Jahr 2021 die Inflation auf 2,8 % zulegte. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine stiegen die Preise für Energie- und agrarische Rohstoffe stark an und hieften die Inflation mit 8,6 % im Jahr 2022 in ungeahnte Höhen. In weiterer Folge übertrug sich dieser Preisschock auf andere Bereiche des Warenkorb, wodurch der Preisauftrieb an Breite gewann. Staatliche Transferleistungen zur Stützung der Kaufkraft sowie ein hoher Grad an indexierten Dienstleistungen (Versicherungen, Banken, Mieten, etc.) wirken im laufenden Jahr einem deutlicheren Rückgang der Inflation als auf 7,5 % entgegen. Preisgarantien in Verträgen mit Energieversorgern verzögern die Preistransmission von den Großhandelsmärkten zu den Haushalten. Dies trug wesentlich dazu bei, dass Österreich im Jahr 2022 eine niedrigere Inflationsrate hatte als der Euroraumdurchschnitt. Im Gegenzug profitieren die KonsumentInnen in Österreich dieses Jahr aber nur zögerlich von den bereits gesunkenen Börsennotierungen für Strom und Gas. In der ersten Jahreshälfte 2023 weitete sich das Inflationsdifferenzial auf rund 2,5 Prozentpunkte aus

(Abbildung 11). Dabei ist anzumerken, dass Ländervergleiche zunehmend schwieriger zu interpretieren sind, da Preiseingriffe unterschiedlichen Ausmaßes und über unterschiedliche Zeitperioden die direkte Vergleichbarkeit beeinträchtigen.

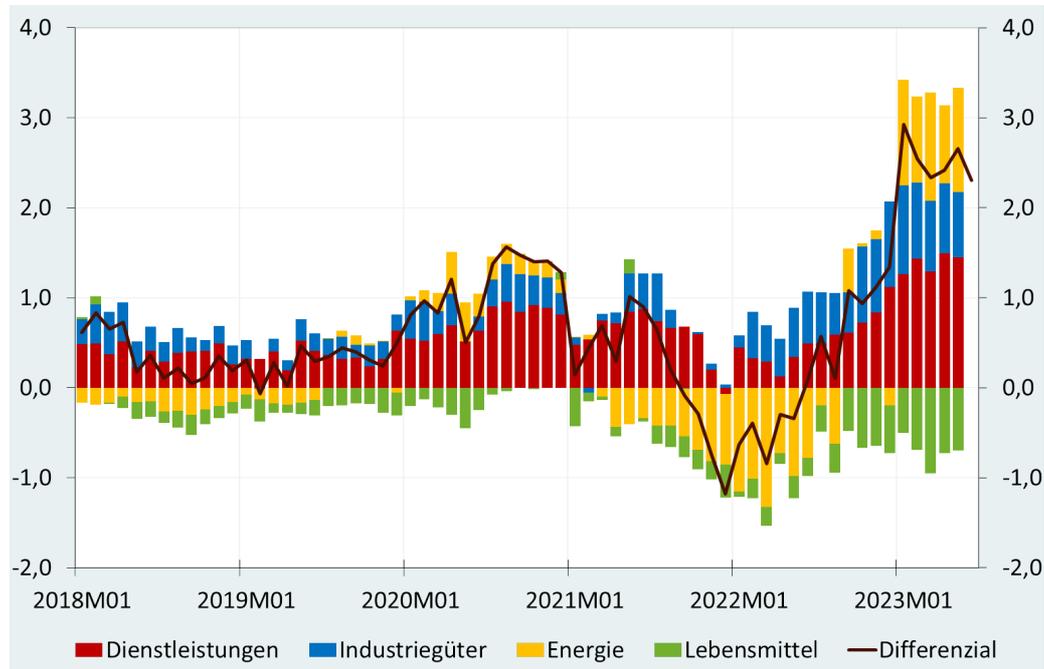
Abbildung 10: Inflation in Österreich und im Euroraum



*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich
 Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Der Verteilungskampf dürfte mit Beginn der Herbstlohnrunde an Intensität zunehmen. Kaufkraftverluste, ein angespannter Arbeitsmarkt und gestiegene Profite in einigen Branchen dürften zu einem kräftigen Lohnanstieg führen. Wesentlicher Bestimmungsfaktor für die zukünftige Entwicklung der Inflation dürfte dabei sein, inwieweit steigende Löhne weitergegeben werden oder von bereits gestiegenen Unternehmensgewinnen aufgefangen werden. Zweit- und Mehrrundeneffekte (etwa durch Löhne und Mieten) stehen somit einer schnellen Rückkehr zum Inflationsziel von 2 % entgegen. Nach 7,5 % im laufenden Jahr und 4,0 % im kommenden Jahr dürfte die Inflationsrate im Schnitt über die restlichen Prognosejahre 2,5 % betragen.

Abbildung 11: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum
In Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, IHS-Preismonitor

Die aktuelle wirtschaftliche Stagnation hinterlässt bisher kaum Spuren am **Arbeitsmarkt**. Im laufenden Jahr dürfte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) geringfügig auf 6,5 % ansteigen. Im Zuge der konjunkturellen Erholung und vor dem Hintergrund des demografisch bedingten langsameren Wachstums des Arbeitskräfteangebots sollte die Arbeitslosigkeit ab dem kommenden Jahr aber wieder zurückgehen. Am Ende des Prognosezeitraums könnte die Arbeitslosenquote auf 5,8 % absinken. Die Beschäftigung dürfte um durchschnittlich 0,9 % pro Jahr zulegen. Während die Arbeitsmarktpolitik zu Beginn des Jahrzehnts von der Bekämpfung der Folgen der Coronakrise geprägt war, sollte nunmehr verstärkt auf Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials fokussiert werden. Zusätzliche Anstrengungen zur Verringerung des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches sind wohl notwendig, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Vor dem Hintergrund eines sich immer deutlicher abzeichnenden Fachkräftemangels wäre eine allgemeine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung kontraproduktiv.

Die Coronakrise hat die Entwicklung der Beschäftigung nicht nachhaltig gedämpft. Bereits Mitte 2021 erreichte die (saisonbereinigte) Beschäftigung wieder das Vorkrisenniveau und hat seither weiter kräftig expandiert. Die dynamische Beschäftigungsnachfrage manifestierte sich in Rekordwerten bei den offenen Stellen. Der Beschäftigungsaufbau erfolgte äußerst breitflächig, lediglich in wenigen Bereichen

(Bergbau, Textil/Bekleidung, Holz/Papier, Glas/Möbel, Finanz/Versicherungsdienstleistungen und sonstige persönliche Dienstleistungen) blieb bisher die Zahl der Arbeitsplätze hinter dem Vorkrisenniveau zurück. Aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation wird sich der Beschäftigungsanstieg im laufenden Jahr auf gut 1 % verlangsamen. Die verhaltene konjunkturelle Dynamik im Verein mit dem aufgrund der Demografie langsamer steigenden Arbeitskräfteangebot sowie der Wegfall der Aufholeffekte nach der Coronapandemie sollten dazu führen, dass die Beschäftigung im Prognosezeitraum zwar stetig zunimmt, aber deutlich langsamer als in der Vergangenheit. Insgesamt wird vom Institut ein durchschnittlicher jährlicher Beschäftigungszuwachs von knapp 1 % erwartet. Dabei wird unterstellt, dass die Ausländerbeschäftigung weiter kräftig expandiert und es gelingt, einheimische Beschäftigungspotenziale zu heben. Die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters der Frauen wirkt dem Effekt der Bevölkerungsalterung entgegen.

Nach den kräftigen Rückgängen in den Vorjahren lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im April des laufenden Jahres erstmals wieder über dem Vorjahresniveau. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit verfestigen, sodass die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2023 um rund 10.000 Personen ansteigen dürfte. Im Zuge der Konjunkturstabilisierung sollte die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ab dem kommenden Jahre aber stetig sinken und bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 253.000 Personen zurückgehen. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass das Arbeitskräfteangebot deutlich langsamer zulegt als im langjährigen Durchschnitt. Dies erklärt sich aus der Bevölkerungsalterung. Zwischen 2022 und 2027 geht die erwerbsfähige Bevölkerung, gemessen an den Personen im Alter von 15 bis 59 (Frauen) bzw. 64 (Männer) laut Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria um 65.000 Personen zurück. Die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters auf 62 Jahre bis zum Jahr 2027 impliziert eine zusätzliche Erwerbsbevölkerung von 140.000 Personen. Im Einklang mit der historischen Entwicklung unterstellt das Institut, dass per Saldo der Großteil des Beschäftigungszuwachses auf das wachsende Arbeitskräfteangebot entfällt und die Arbeitslosigkeit nur moderat sinkt.

Laut Prognose wird die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 6,5 % leicht ansteigen. Mit der stetigen Beschäftigungsausweitung und dem verhalten steigenden Arbeitskräfteangebot sollte die Arbeitslosenquote im Zeitverlauf stetig abnehmen und könnte am Ende des Prognosezeitraums 5,8 % betragen.

Die Arbeitsmarktlage hat sich nach der Coronakrise äußerst vorteilhaft entwickelt. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie vor der Finanzkrise 2008/2009 und die Langzeitarbeitslosigkeit ist, unterstützt von der Aktion Sprungbrett, deutlich zurückgegangen. Es verdichten sich die Hinweise auf einen ausgeprägten Fachkräftemangel, der sich durch

die demografische Entwicklung noch verstärken dürfte. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, bestehende Arbeitskräftepotenziale zu heben. Ein Schwerpunkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik liegt bereits auf der Bekämpfung des qualifikatorischen Mis-Matches durch Qualifizierungsprogramme. Weitere Maßnahmen zur Erhöhung der beruflichen und regionalen Mobilität sollten angedacht werden, etwa durch verstärkte Förderung von Umschulungen zu Fachkräften im Bereich der erneuerbaren Energie.

Wie immer wieder vom Institut angemerkt, bestehen Defizite bei der Präventionskomponente der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Reformen in der Bildungspolitik sind in diesem Zusammenhang unbedingt erforderlich. Verstärkter Förderbedarf besteht bei Kindern aus bildungsfernen Haushalten. Hier erscheinen weitere Maßnahmen zur Förderung der Grundkompetenzen notwendig. Hilfreich wäre auch ein weiterer Ausbau der Frühkindförderung.

Die Bewältigung der vom demografischen Wandel ausgehenden Herausforderungen erfordert ein Maßnahmenbündel. So würden etwa Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich den längeren Verbleib im Erwerbsleben fördern. Durch verstärkte Integrationsmaßnahmen könnte die Beschäftigungsfähigkeit von Personen mit Migrationshintergrund erhöht werden. Eine qualifikationsorientierte Zuwanderungspolitik sollte zur Milderung eines partiellen Fachkräftemangels beitragen. Zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere ein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, könnte die Erwerbsintegration von Frauen, vor allem in Hinblick auf die Arbeitsstunden, stärken.

6 Monetäre Prognose

Nach einer lang andauernden Niedrigzinsphase haben Notenbanken weltweit aufgrund der hohen Inflation seit Frühjahr bzw. Sommer 2022 ihre Leitzinsen zum Teil kräftig angehoben (Tabelle 4). Das Ende der Zinserhöhungszyklen wird wohl bis Ende dieses Jahres erreicht werden. Im Euroraum beträgt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte gegenwärtig 4 %, in den USA liegt die Bandbreite für den Zielsatz für Taggeld bei 5 % bis 5,25 %. Nach dem Höchstwert von 10,2 % im Oktober 2022 ist die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, stetig zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 2023 betrug sie allerdings immer noch durchschnittlich 7,1 % und lag damit weit über dem Inflationsziel der EZB von 2 %. Im Prognosezeitraum sollte die Inflation deutlich zurückgehen, mit 3,2 % im Durchschnitt aber weiter erhöht bleiben. Es wird noch zumindest eine Zinserhöhung der EZB erwartet, ab Ende 2024 dürfte es wieder zu Zinssenkungen kommen.

Tabelle 4: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2018	0	2,25–2,5	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2019	0	1,5–1,75	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2020	0	0–0,25	0,10	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0–0,25	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2022	0	0–0,25	0,25	–0,75	–0,1
Durchschnitt 2018–2022	0,12	1,23	0,63	–0,65	–0,1
14.7.2023	4	5–5,25	5	1,75	–0,1

Zur Ermittlung der durchschnittlichen Leitzinssätze werden für den US-Dollar die mittleren Zinssätze bzw. ein Wert von 0,1 % für den Zielsatz „nahe bei Null“ (0–0,25 %) verwendet, für den Schweizer Franken die angestrebten (mittleren) Zielsätze, als die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Leitzinsen noch durch ein Zielband um den Dreimonats-Libor angab (bis Juni 2019). Seit Juni 2019 ersetzt der SNB-Leitzins das zuvor gültige Zielband.

Quelle: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Im Euroraum liegt der Hauptrefinanzierungssatz momentan bei 4 %, der Spitzenrefinanzierungssatz bei 4,25 %, und der Einlagesatz bei 3,5 %. Seit Juli des vergangenen Jahres sind diese Leitzinsen um insgesamt vier Prozentpunkte kräftig angehoben worden. Im regulären Ankaufprogramm der EZB erfolgte seit März dieses Jahres eine Reduktion der Bestände (ca. 15 Mrd. Euro pro Monat), seit Anfang Juli werden Tilgungsbeträge überhaupt nicht wieder angelegt, was einer noch kräftigeren Reduktion der Bestände gleichkommt (im Durchschnitt über die kommenden zwölf Monate knapp 28 Mrd. Euro pro Monat). Im Pandemie-Notfallankaufprogramm wird die

Wiederveranlagung der Tilgungsbeträge noch bei Ende 2024 weiterlaufen. Hier können die Reinvestitionen flexibel über die Länder, die Anlageklassen und den Zeitverlauf angepasst werden.

Die deutliche Straffung der Geldpolitik hat spürbare Auswirkungen am Geldmarkt hinterlassen. Zuletzt notierte der 3-Monats-Euribor bei 3,7 % und damit um rund 3,7 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor und um etwa 3,4 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt des Jahres 2022. Vor Juli 2022 hatte der 3-Monats-Euribor gut sieben Jahre im negativen Bereich notiert. Im ersten Halbjahr 2023 betrug der 3-Monats-Euribor durchschnittlich 3,0 % und lag somit deutlich über dem Durchschnittswert der Jahre 2018 bis 2022 (–0,3 %). Im Einklang mit der Geldpolitik wird für 2024 ein leichter Anstieg der Geldmarktzinsen erwartet, danach ein Rückgang (Tabelle 5). Für den gesamten Prognosezeitraum wird ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von 3,2 % prognostiziert.

Tabelle 5: Zinsen und Renditen
Durchschnittliche Jahreswerte in Prozent

	3-Monats-Euribor	10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen
2023	3,5	3,2
2024	3,7	3,4
2025	3,2	3,3
2026	2,9	3,2
2027	2,8	3,2

Quelle: Prognose des IHS

An den Rentenmärkten sind die Renditen weniger stark gestiegen als am Geldmarkt, da ab Ende des Jahres 2024 wieder Zinssenkungen der EZB erwartet werden. Im Verlauf des vergangenen Jahres stiegen die Renditen in den Euroraum-Ländern im Einklang mit der Geldpolitik und der höheren Inflation bzw. Inflationserwartung um gut zwei Prozentpunkte, im laufenden Jahr entwickelten sie sich weitgehend seitwärts. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren und im Jahr 2022 eine durchschnittliche Rendite von 0,4 % bzw. 1,7 % auf, in der ersten Jahreshälfte 2023 rentierten sie bei 3,0 %. Im Durchschnitt notierten Staatsanleihen des Euroraums mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren im ersten Halbjahr 2023 bei 3,2 %, und damit um rund 1,1 Prozentpunkte höher als im Jahr 2022. Vor dem Hintergrund der erwarteten Leitzinsänderungen der EZB geht das Institut von einem leichten Anstieg der langfristigen Renditen zu Beginn des Prognosezeitraums aus und anschließend von einem geringfügigen Rückgang (Tabelle 5). Für österreichische

Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren wird für den Prognosezeitraum eine durchschnittliche Rendite von 3,3 % erwartet.

7 Lohnsetzung und Inflation in Österreich²

Seit Herbst 2021 sind die meisten Industrieländer mit einer starken Erhöhung der Inflation konfrontiert. Anstoß dafür waren massive Steigerungen in den Weltmarktpreisen für Energie, andere Vorprodukte und Lebensmittel, die sich aus den Folgen der Coronapandemie und dem Krieg gegen die Ukraine ergaben. Die Inflation hat sich als persistenter erwiesen als von den meisten ÖkonomInnen vorhergesagt, was eine intensive öffentliche Debatte über die bestimmenden Faktoren für die Stärke und Persistenz der Inflation hervorgerufen hat. Dabei wird auch die Rolle der Lohnverhandlungen thematisiert, etwa die Frage, ob überhöhte Lohnabschlüsse die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale mit sich bringen. Alternativ wird auch die Meinung vertreten, dass übermäßige Gewinnsteigerungen die Inflation befeuern. In diesem Kapitel wird versucht, mithilfe von Modellanalysen und empirischen Schätzungen die Rolle der Lohnsetzung für die Inflationsdynamik im Hinblick auf die österreichische Volkswirtschaft zu analysieren.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Tatsache, dass Österreich eine kleine offene Volkswirtschaft in einer Währungsunion, dem Euroraum, ist. Eine nominale Abwertung der österreichischen Währung gegenüber den Partnerländern in der Währungsunion ist deshalb per Konstruktion nicht möglich. Weiters hat die Wirtschaftsentwicklung Österreichs kaum Einfluss auf den Wechselkurs des Euro. Daraus folgt, dass jede Steigerung der Erzeugerpreise die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen verschlechtert. Damit sind der Preisdynamik in der österreichischen Wirtschaft bereits Grenzen auferlegt. Eine Lohn-Preis-Spirale im Sinne einer dauerhaften, sich selbst tragenden oder sogar verstärkenden Erhöhung der Inflationsrate ist damit praktisch ausgeschlossen. In der Literatur wird unter Lohn-Preis-Spirale aber meist ein dynamischer Prozess verstanden, der die inflationäre Phase verlängert, aber nicht beschleunigt.³ Im Folgenden wird untersucht, inwieweit in Österreich mit einer solchen Dynamik zu rechnen ist. Dies geschieht mit Hilfe von Modellsimulationen in Abschnitt 7.1 und mit empirischen Schätzungen in Abschnitt 7.2.

7.1 Modellsimulationen

Die folgenden Simulationen wurden mit einer Version des am IHS entwickelten Modells ATMOD⁴ durchgeführt, wobei die Produktionsseite durch zehn Wirtschaftssektoren dargestellt wird, die durch Vorleistungsverflechtungen miteinander verbunden sind.

² Dieses Kapitel wurde von Michael Reiter, Martin Ertl, Oscar Fernandez, Adrian Wende und Yannic Prohaska erstellt.

³ Siehe zum Beispiel Blanchard, O. J. (1986). The wage price spiral. *The Quarterly Journal of Economics*, 101(3), 543–565 bzw. Lorenzoni, G., Werning, I. (2023). Wage price spirals, mimeo, MIT.

⁴ Siehe Molnarova, Z., Reiter, M. (2022), IHS Macroeconomic Model ATMOD 0.6. Technical Appendix, IHS-Projektbericht.

Darüber hinaus ist die Produktion auf den Import von Energieträgern angewiesen, die nicht heimisch produziert werden können. ATMOD ist ein neukeynesianisches dynamisches Gleichgewichtsmodell auf Quartalsebene, ähnlich den Modellen, die in Zentralbanken zur Analyse der Geldpolitik verwendet werden.

Im Modell wird unterstellt, dass gewinnmaximierende Firmen die Preise gleich ihren Grenzkosten plus einer Gewinnmarge setzen, wobei diese Marge von der Wettbewerbsintensität abhängt. Allerdings werden Preise mit einer gewissen Verzögerung angepasst, da nicht alle Unternehmen ihre Preise in jedem Quartal ändern. Es muss davon ausgegangen werden, dass in einer Periode hoher Inflation auch die Geschwindigkeit der Preisanpassung höher ist. Für die Lohnsetzung wird die sogenannte „Benya-Formel“ unterstellt, die besagt, dass das Nominallohnwachstum der Summe aus Inflation und Produktivitätswachstum entspricht.⁵ Diese nahelegende Regel ergibt sich auch als Gleichgewichtslösung in einfachen gesamtwirtschaftlichen Modellen. In der praktischen Anwendung erwachsen aber einige Probleme. So wird aus Praktikabilitätsgründen die vergangene, nicht die erwartete zukünftige Inflationsrate herangezogen, wodurch bei steigender Inflationsrate der Inflationsausgleich für die ArbeitnehmerInnen mit Verzögerung erfolgt. Außerdem ist unklar, welcher Preisindex zur Berechnung der Inflationsrate herangezogen werden soll. Um die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen zu erhalten, sollte der VPI als Grundlage dienen, was auch der üblichen Praxis entspricht. Wird die Inflation allerdings durch einen Schub der Importpreise ausgelöst, muss der daraus resultierende Wohlfahrtsverlust dann allein vom Faktor Kapital getragen werden, was die Lohnquote erhöht und potenziell zu Verteilungskonflikten führt. Es wurde deshalb auch vorgeschlagen, die Inflation durch den Anstieg des BIP-Deflators statt des VPI zu definieren. Bezüglich des Produktivitätswachstums stellt sich die Frage, ob die gesamtwirtschaftliche oder die branchenspezifische Produktivität herangezogen werden soll. In den folgenden Berechnungen wird das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum verwendet. Weiters ignoriert die Benya-Formel die Tatsache, dass die Situation am Arbeitsmarkt die Verhandlungspositionen beeinflusst. Konkret kann man davon ausgehen, dass die ArbeitnehmerInnenseite Lohnerhöhungen umso leichter durchsetzen kann, je geringer die aktuelle Arbeitslosenquote ist. In den folgenden Simulationen soll untersucht werden, welchen Einfluss die Details der Lohnsetzung auf die Inflationsdynamik ausüben.

Der erste Teil der Modellsimulation untersucht die Frage, welche Inflationsdynamik durch eine einmalige einprozentige Nominallohnerhöhung ausgelöst wird, und welche

⁵ Für die Implementation der Benya-Formel im Modell wurden für die Inflationskomponente und die Produktivitätskomponente jeweils der gewichtete Durchschnitt der vergangenen Quartalsveränderungsraten des jeweiligen Preisindex und der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität zugrunde gelegt. Um eine einjährige Verzögerung abzubilden, wurde eine geometrische Gewichtung mit Faktor 0,75 pro Quartal verwendet.

Parameter des Lohn- und Preissetzungsprozesses diese Dynamik beeinflussen. Die Hauptergebnisse sind in Tabelle 6 zusammengefasst. Dabei sind die Effekte auf Preisniveau und Beschäftigung nach jeweils einem, zwei und drei Jahren aufgelistet. Abbildung 12, Abbildung 13 und Abbildung 14 illustrieren für die wichtigsten der unten diskutierten Szenarien die Dynamik von Preisniveau, Inflation und Beschäftigung.

Tabelle 6: Modellsimulation: Effekt von 1 %-Lohnschock auf Preisniveau und Beschäftigung

Szenarien	Verbraucherpreisindex			Beschäftigung		
	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
Benchmark	0,51	0,59	0,52	-0,24	-0,31	-0,24
Schnelle Preisanpassung	0,73	0,66	0,50	-0,37	-0,31	-0,17
Starker internationaler Wettbewerb	0,27	0,23	0,15	-0,46	-0,32	-0,12
Schwacher internationaler Wettbewerb	0,86	1,15	1,17	-0,03	-0,24	-0,27
Starke Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit	0,39	0,37	0,25	-0,21	-0,19	-0,09
Keine Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit	0,91	1,31	1,55	0,10	-0,25	-0,47

Anmerkung: 1 Jahr, 2 Jahre, 3 Jahre bezeichnen den Effekt nach einem, zwei bzw. drei Jahren.

Quelle: Eigene Berechnungen

Die erste Zeile der Tabelle 6 beschreibt das Hauptszenario, das wir als Benchmark betrachten. Dieser Fall ist durch folgende Eigenschaften gekennzeichnet: i) in jedem Quartal passen 30 % der Firmen ihren Preis an; ii) der Lohn folgt der Benya-Formel, mit einer Verzögerung von vier Quartalen auf den VPI als Preisindex, und einer Reaktion auf den Arbeitsmarkt, sodass eine einprozentige Reduktion der Beschäftigung den Lohn in jedem Quartal um 0,25 % senkt⁶; iii) die Sektoren „Produzierender Bereich“, „Handel, Verkehr und Gastronomie“ sowie „Kommunikation und Information“ weisen eine mittlere internationale Wettbewerbsintensität auf (Preiselastizität der Importe und Exporte von 0,9), alle anderen Sektoren eine niedrige Wettbewerbsintensität (Elastizität von 0,2). In diesem Hauptszenario steigt der Verbraucherpreisindex nach einem Jahr um 0,51 %, sinkt nach dem zweiten Jahr aber bereits wieder ab. Dieser Entwicklung der Preise steht eine gegenläufige Entwicklung der Beschäftigung gegenüber, die aus der Realloohnerhöhung resultiert. In manchen Szenarien bewirkt die Realloohnerhöhung, wegen der erhöhten Nachfrage, einen Anstieg der Beschäftigung und der Produktion,

⁶ Dieser Parameter wurde so gewählt, dass die Ergebnisse in etwa kompatibel mit den empirischen Befunden aus Kapitel 7.2 sind.

der aber nur von kurzer Dauer ist. Der Vergleich von Abbildung 12 und Abbildung 13 verdeutlicht die Unterscheidung zwischen Preisniveau und Inflationsrate, die als Veränderung des Preisniveaus gegenüber dem Vorquartal definiert ist. Die Inflationsrate steigt nur kurzfristig an, was aber zu einem längeren Anstieg des Preisniveaus führt.

Im Szenario „Schnelle Preisanpassung“ wird unterstellt, dass die Unternehmen ihre Preise wesentlich schneller an die gestiegenen Kosten anpassen. Empirische Untersuchungen für Österreich⁷ bestätigen, dass dies in der gegenwärtigen Hochinflationsphase tatsächlich der Fall ist. Es wird konkret angenommen, dass 60 % der Unternehmen in jedem Quartal die Preise anpassen. Daraus resultiert eine schnellere und stärkere Preisdynamik, die aber auch etwas schneller wieder abebbt.

Im Szenario „Starker internationaler Wettbewerb“ wird angenommen, dass die oben erwähnten drei Sektoren einer viermal höheren internationalen Wettbewerbsintensität ausgesetzt sind. Der internationale Wettbewerb hat einen stark dämpfenden Einfluss auf die Preisentwicklung, allerdings auf Kosten eines deutlich höheren Beschäftigungsrückgangs. Im Szenario „Schwacher internationaler Wettbewerb“ wird dagegen angenommen, dass diese Sektoren einem geringeren internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, was speziell für die kurzfristige Reaktion relevant sein könnte. Erwartungsgemäß resultiert daraus ein deutlich stärkerer Preisanstieg bei geringerem Beschäftigungsrückgang.

Im Szenario „Starke Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit“ wird angenommen, dass die Lohnverhandlungen deutlich stärker auf Veränderungen in der Arbeitsmarktsituation reagieren, konkret dass eine einprozentige Reduktion der Beschäftigung den Lohn in jedem Quartal um 0,5 % statt um 0,25 % senkt. Dadurch wird die Dynamik sowohl der Inflation als auch der Beschäftigung gedämpft. Dies reflektiert die Tatsache, dass die Lohnerhöhung in diesem Fall schneller zurückgenommen wird. Daraus wird deutlich, dass die Frage, wie eine einprozentige Lohnerhöhung wirkt, nicht beantwortet werden kann, ohne Annahmen auch über zukünftige Lohnverhandlungsregeln zu treffen.

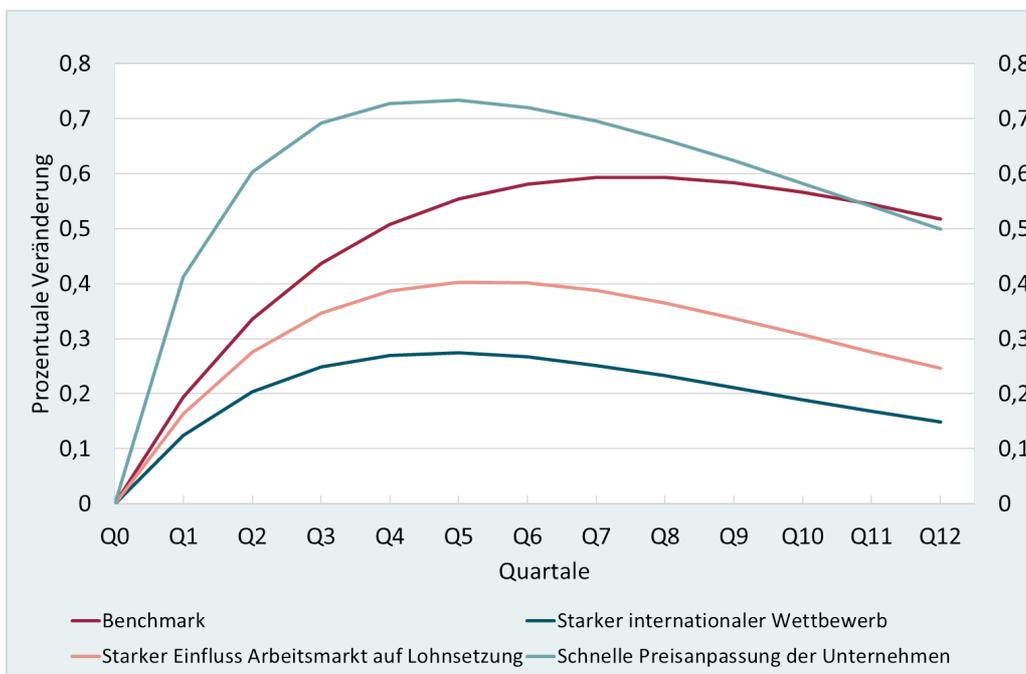
Das Szenario „Keine Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit“ beschreibt schließlich den Extremfall, dass Lohnverhandlungen überhaupt nicht auf die Arbeitsmarktsituation reagieren, sondern dass strikt nach der Benya-Formel verfahren wird, womit sich die Lohnerhöhung verfestigt. Da mit steigendem Preisniveau weitere Preiserhöhungen für die Unternehmen immer weniger rentabel sind, sinkt die Inflation mittelfristig auf ihr Ausgangsniveau, aber das Preisniveau steigt dauerhaft an und verharrt dann auf einem um 2,17 % höheren Wert (nicht in der Tabelle). Dieser Fall unterstreicht, dass eine dauerhafte Erhöhung der Inflationsrate in Reaktion zu einer Lohnerhöhung unter

⁷ Beer C. & Ferstl R. & Graf B. & Rumler, F., „How often and how much do food prices change during periods of high inflation – an analysis of online prices in Austria“, SUERF Policy Brief, No 593, May 2023.

plausiblen Annahmen nicht entstehen kann, eventuell aber eine dauerhafte Erhöhung des Preisniveaus.

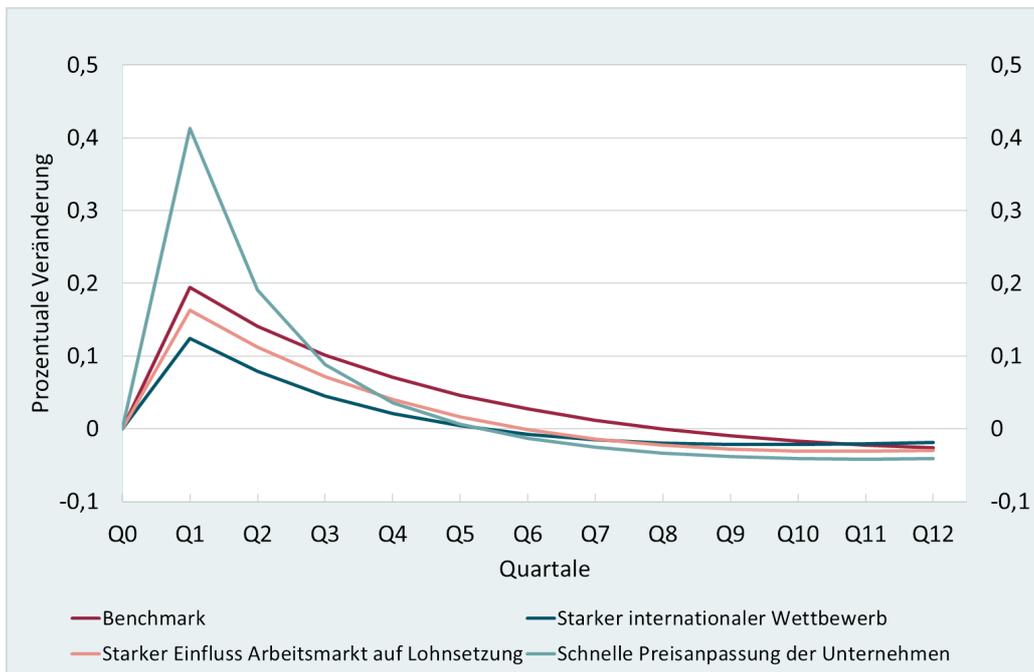
Diese Ergebnisse zeigen, dass eine einmalige nominelle Lohnerhöhung mittelfristig zu einem höheren Reallohn und einer höheren Lohnquote, höherem Preisniveau und niedrigerer Beschäftigung führt. Die genauen Ergebnisse hängen von der Stärke des internationalen Wettbewerbsdrucks und anderen Einflussfaktoren ab. Dabei ist eine Reaktion des Preisniveaus auf die Löhne von 0,3 eher als eine untere Schranke zu sehen. Insgesamt liegt hier also ein gewisser Konflikt zwischen Verteilungs- und Wachstumszielen vor. Bei stärkerer Orientierung der Lohnverhandlungen an der Arbeitsmarktlage ergibt sich eine geringere und weniger persistente Inflation und ein kleinerer Beschäftigungsrückgang.

Abbildung 12: Modellsimulation: Effekt von 1 %-Lohnschock auf das Preisniveau



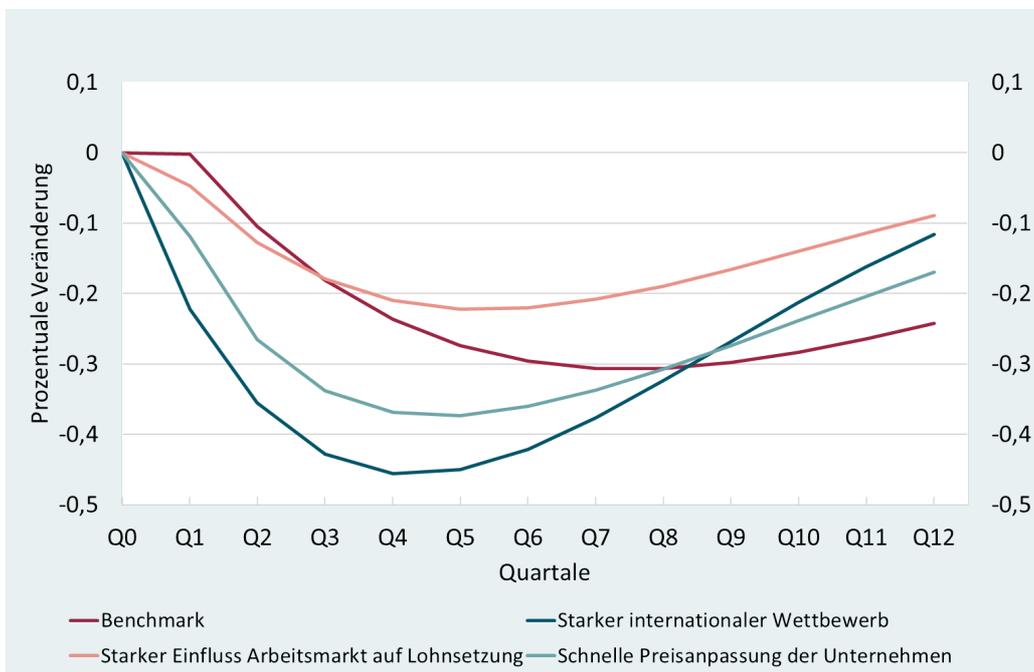
Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 13: Modellsimulation: Effekt von 1 %-Lohnschock auf die Inflationsrate



Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 14: Modellsimulation: Effekt von 1 %-Lohnschock auf die Beschäftigung



Quelle: Eigene Berechnungen

Der zweite Teil der Modellanalyse untersucht die Auswirkungen eines sehr persistenten Importpreisschocks auf Inflation, Reallöhne und Beschäftigung. Dabei wird unterschieden, ob sich die Lohnverhandlungen am VPI, der den Anstieg der Importpreise indirekt beinhaltet, oder am Deflator des BIP orientieren, der nur die Preisänderungen der inländischen Wertschöpfung misst. Zur Verdeutlichung der Unterschiede wird in beiden Fällen angenommen, dass die Arbeitsmarktsituation keinen Einfluss auf die Löhne hat. Die Ergebnisse in Tabelle 7 zeigen, dass die Verwendung des BIP-Deflators tatsächlich zu einer Dämpfung der Preis- und Beschäftigungsentwicklung führt, allerdings auf Kosten eines stärkeren Reallohnrückgangs. Hier liegt also ein gewisser Konflikt zwischen Effizienz- und Verteilungsgesichtspunkten vor. Die Verwendung des BIP-Deflators stabilisiert die Lohnquote, hält sie allerdings nicht vollständig konstant, vor allem wegen der Ausrichtung an der vergangenen, nicht der zukünftigen Preisentwicklung.

Tabelle 7: Modellsimulation der Reaktion auf Energiepreisschocks
In Prozent

Benya- Formel	VPI			Reallohn			Beschäftigung		
	1	3	5	1	3	5	1	3	5
mit VPI- Inflation	1,66	2,23	2,31	-0,53	-0,16	-0,11	-1,47	-1,63	-1,46
mit BIP- Inflation	0,29	-0,03	-0,19	-1,40	-1,77	-1,86	-1,38	-0,76	-0,37

Anmerkung: 1, 3, 5 bezeichnen den Effekt nach einem, drei bzw. fünf Jahren.

Quelle: Eigene Berechnungen

Zur Interpretation dieser Ergebnisse sind zwei Bemerkungen angebracht. Erstens sind Lohn- und Preissetzung Sache der Sozialpartner und der einzelnen Unternehmen. Die vorgestellten Simulationen implizieren keinerlei Aussage, was die handelnden Akteure tun sollten, sondern sind das Ergebnis von Verhaltensannahmen, die aufgrund theoretischer und empirischer Erkenntnisse über das Verhalten in der Vergangenheit getroffen wurden. Weiterhin sollten die Modellsimulationen nicht als eine Abbildung der gegenwärtigen konjunkturellen Situation gesehen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2022 ist eine Überlagerung der Konsequenzen des Energiepreisschocks, des Kriegs gegen die Ukraine und des wirtschaftlichen Erholungsprozesses nach der Coronarezession. Die Simulationen stellen dagegen eine Ceteris-Paribus-Analyse dar, und sollen die Konsequenzen alternativer Lohnsetzungsprozesse abbilden, wobei alle anderen wirtschaftlichen Parameter so weit wie möglich konstant gehalten werden.

7.2 Empirische Evidenz

Im Folgenden soll der Zusammenhang zwischen Lohnkosten und Preisen auf Sektorebene untersucht werden, insbesondere inwieweit sich empirische Hinweise darauf finden lassen, dass die Lohnkosten die Erzeugerpreise auf Sektorebene beeinflussen, sowie die Größenordnung des Lohneffekts auf die Preise. Datenquelle ist die Entstehungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Untersucht wird der Zeitraum erstes Quartal 1995 bis viertes Quartal 2019. Alle verwendeten Zeitreihen sind saison- und kalenderbereinigt.

Methodisch wird ein sektorspezifisches strukturelles vektorautoregressives Modell (SVAR) mit drei Variablen geschätzt. Dabei handelt es sich um die Quartalswachstumsraten der Bruttowertschöpfung, der Lohnkosten und der Preise. Als Variable für die Lohnkosten werden die Lohnstückkosten herangezogen, da diese bereinigt um Produktivitätsveränderungen sind. Die Lohnstückkosten sind definiert als das Verhältnis der Arbeitnehmerentgelte zur realen Bruttowertschöpfung. Als Maß für die Preisentwicklung auf sektoraler Ebene wird der Deflator verwendet, der als der Quotient der nominalen und realen Bruttowertschöpfung berechnet wird. Der Unterschied zum Verbraucherpreisindex besteht darin, dass der Deflator die Preise aus der Perspektive der einheimischen Produktion von Gütern und Dienstleistungen misst, d. h., dass es sich um Erzeugerpreise handelt.

Das SVAR-Modell wird für jeden der folgenden Sektoren einzeln geschätzt: Land- und Forstwirtschaft; Produzierender Bereich (Bergbau, Herstellung von Waren, Energieversorgung und Wasserversorgung); Bau; Handel, Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie; Information und Kommunikation; Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen (Immobilien); Freiberufe, Forschung, technische Dienstleistungen und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen; Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Gesundheit sowie Kunst, Freizeit, sonstige Dienstleistungen und Waren und Dienstleistungen privater Haushalte.

Zur Analyse des Zusammenhangs von Lohnkosten und Preisen werden die Impulsantwortfunktionen herangezogen. Es wird die gemeinsame Dynamik von Lohnkosten und Preisen ausgewiesen, die sich durch einen Lohnimpuls ergibt. Die strukturellen VAR-Modelle werden mit fünf Verzögerungen mit Bayesianischem Verfahren (Minnesota Prior) geschätzt. Es werden sektorale Nachfrage-, Angebots- und Lohnschocks mittels Vorzeichenrestriktionen identifiziert (Tabelle 8). Ein Nachfrageschock beeinflusst die Bruttowertschöpfung und die Preise positiv, der Angebotschock bewegt die Bruttowertschöpfung und die Preise in entgegengesetzter Richtung und der Lohnschock beeinflusst die Erzeugerpreise positiv.

Tabelle 8: Vorzeichenrestriktionen

	Nachfrageschock	Angebotsschock	Lohnschock
Bruttowertschöpfung	+	+	.
Preise	+	–	+
Löhne	.	.	+

Der Lohnschock führt in allen Sektoren zu einer statistisch signifikanten positiven Reaktion der Preise. Aus den Impulsantwortfunktionen werden Elastizitäten berechnet. Tabelle 9 zeigt die Elastizitäten, die sich unmittelbar aus der Reaktion der Preise auf die Lohnschocks ergeben, sowie die kumulativen Effekte. Im Produzierenden Bereich liegt die Elastizität bei 0,32, d. h. ein Anstieg der Lohnkosten um 1 % führt unmittelbar zu einem Anstieg der Preise um 0,32 %. Im Bausektor beträgt der Wert 0,14 und im Handel 0,48. Die über den Zeitablauf kumulativen Preiseffekte eines Lohnkostenanstiegs liegen im Produzierenden Bereich bei 0,39, im Bausektor bei 0,41 und im Handel bei 0,51.

Tabelle 9: Lohnelastizität der Preise

	initial	kumulativ
Landwirtschaft	0,28	0,97
Produzierender Bereich	0,32	0,39
Bau	0,14	0,41
Handel, Verkehr, Gastronomie	0,48	0,51
Kommunikation, Information	0,30	0,38
Finanzdienstleistungen, Versicherung	1,25	1,08
Immobilien	0,22	0,27
Freiberufe, Forschung	0,26	0,26
Öffentliche Verwaltung, Gesundheit	1,12	1,12
Kunst, Freizeit	1,12	1,12

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die sektoralen Elastizitäten von Lohnkosten und Preisen aus einem SVAR-Modell mit drei Variablen (Bruttowertschöpfung, Deflator, Lohnstückkosten) und fünf Verzögerungen auf Sektorebene. Der Schätzzeitraum umfasst Q2 1996 – Q4 2019. Die Variablen sind als log-Differenzen (t-1) definiert. Die Identifikation erfolgt durch Vorzeichenrestriktionen. Der initiale Effekt beschreibt den Preiseffekt im Quartal, in dem der Schock auftritt, der kumulative Effekt ist der Quotient aus den Maxima der kumulierten Summe des Impulses sowie der Impulsantwortfunktion.

Quelle: Eigene Berechnungen

8 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,151 4,9%	384,994 0,5%	390,395 1,4%	396,350 1,5%	401,207 1,2%	406,097 1,2%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	446,933 10,0%	481,363 7,7%	508,791 5,7%	530,449 4,3%	548,338 3,4%	566,275 3,3%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	109,106 2,6%	111,226 1,9%	116,647 4,9%	125,031 7,2%	130,327 4,2%	133,833 2,7%	136,672 2,1%	139,443 2,0%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	119,970 7,5%	124,769 4,0%	128,200 2,8%	131,277 2,4%	134,230 2,3%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	52,780 1,8%	53,921 2,2%	56,366 4,5%	60,312 7,0%	63,931 6,0%	66,488 4,0%	68,482 3,0%	70,537 3,0%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3886,861 1,1%	3931,171 1,1%	3966,551 0,9%	3996,301 0,8%	4024,275 0,7%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,463 0,163	6,311 -0,152	6,098 -0,214	5,913 -0,185	5,823 -0,090

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	175,577 -8,0%	181,818 3,6%	190,503 4,8%	191,517 0,5%	194,889 1,8%	198,019 1,6%	200,820 1,4%	203,468 1,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,282 -0,5%	76,860 7,8%	79,653 3,6%	78,458 -1,5%	78,458 0,0%	78,851 0,5%	79,442 0,8%	80,236 1,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	87,715 -5,3%	95,381 8,7%	95,706 0,3%	94,784 -1,0%	95,292 0,5%	96,515 1,3%	98,079 1,6%	99,788 1,7%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	2,075 0,6	4,798 1,3	1,955 0,5	2,955 0,8	3,955 1,0	3,955 1,0	3,455 0,9	2,955 0,7
INLANDSNACHFRAGE	337,170 -5,5%	358,969 6,5%	366,590 2,1%	366,677 0,0%	371,733 1,4%	376,645 1,3%	381,193 1,2%	385,925 1,2%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	11,895 3,4	5,576 1,5	16,493 4,3	18,317 4,8	18,662 4,8	19,706 5,0	20,014 5,0	20,172 5,0
BIP ZU MARKTPREISEN	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,151 4,9%	384,994 0,5%	390,395 1,4%	396,350 1,5%	401,207 1,2%	406,097 1,2%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	-4,138	1,783	2,382	0,271	0,899	0,820	0,723	0,677
ÖFFENTLICHER KONSUM	-0,092	1,649	0,788	-0,311	0,000	0,097	0,146	0,194
BRUTTOINVESTITIONEN	-1,210	2,922	-0,676	0,050	0,468	0,380	0,309	0,338
ANLAGEINVESTITIONEN	-1,331	2,186	0,090	-0,252	0,139	0,327	0,412	0,443
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,253	0,836	-0,771	0,475	0,441	0,000	-0,200	-0,194
EXPORTE I.W.S.	-5,939	4,951	7,030	1,303	1,780	2,012	1,817	1,808
WAREN	-2,824	4,754	3,619	0,446	1,290	1,484	1,282	1,297
DIENSTLEISTUNGEN	-3,115	0,197	3,407	0,857	0,490	0,528	0,535	0,512
IMPORTE I.W.S.	4,811	-6,665	-4,213	-0,874	-1,769	-1,833	-1,812	-1,838
WAREN	2,323	-5,098	-1,668	-0,089	-1,268	-1,348	-1,334	-1,352
DIENSTLEISTUNGEN	2,488	-1,567	-2,545	-0,785	-0,502	-0,484	-0,478	-0,486
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-6,454	4,557	4,928	0,481	1,403	1,526	1,225	1,219

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
HAUSHALTSSPARQUOTE	13,3	12,0	8,8	8,4	8,6	8,5	8,1	7,9
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	4,7	-1,4	-3,1	-0,5	0,2	-0,1	-0,4	-0,2
INVESTITIONSQUOTE	25,0	26,5	26,2	25,9	25,5	25,4	25,4	25,5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,1	1,5	-0,3	-0,3	-0,4	-0,1	0,0	0,1
REALZINSSATZ	-2,78	-1,95	-3,16	-4,00	-0,87	0,61	1,08	1,17
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,30	0,83	-1,20	-0,84	3,13	1,48	0,47	0,09
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,15 7,5%	135,36 4,0%	139,08 2,8%	142,42 2,4%	145,62 2,3%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,602 0,5%	48,513 -0,2%	47,145 -2,8%	46,926 -0,5%	47,828 1,9%	48,410 1,2%	48,694 0,6%	49,051 0,7%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,584 -4,5%	9,778 2,0%	9,966 1,9%	9,905 -0,6%	9,931 0,3%	9,992 0,6%	10,039 0,5%	10,091 0,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	144,843 6,6%	145,037 0,1%	148,757 2,6%	160,150 7,7%	169,319 5,7%	175,007 3,4%	179,411 2,5%	183,846 2,5%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	6,1	6,2	4,8	5,2	5,0	4,8	4,7	4,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,3	0,1	-1,4	0,4	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-8,0	-5,8	-3,2	-2,6	-1,6	-1,4	-1,3	-1,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-8,6	2,2	2,6	0,6	1,0	0,2	0,1	0,1

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	182,149 -7,1%	193,055 6,0%	217,900 12,9%	235,414 8,0%	249,115 5,8%	260,061 4,4%	270,031 3,8%	279,696 3,6%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	9,016 4,6%	9,480 5,1%	9,815 3,5%	10,335 5,3%	10,753 4,0%	11,159 3,8%	11,582 3,8%	12,020 3,8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	80,284 3,9%	88,094 9,7%	92,586 5,1%	94,845 2,4%	99,113 4,5%	103,095 4,0%	106,465 3,3%	110,217 3,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	97,725 -2,9%	112,827 15,5%	121,262 7,5%	130,821 7,9%	138,247 5,7%	143,175 3,6%	146,845 2,6%	150,668 2,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	50,410 -6,0%	56,911 12,9%	60,714 6,7%	63,750 5,0%	66,650 4,6%	69,683 4,5%	72,284 3,7%	74,798 3,5%
BAUINVESTITIONEN	44,887 -0,9%	50,628 12,8%	56,394 11,4%	60,793 7,8%	63,194 4,0%	65,090 3,0%	67,220 3,3%	69,592 3,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,430 0,385	0,343 -0,086	-0,113 -0,456	-0,102 0,011	-0,102 0,000	-0,102 0,000	-0,102 0,000	-0,102 0,000
INLANDSNACHFRAGE	369,604 -3,4%	403,800 9,3%	441,450 9,3%	471,312 6,8%	497,125 5,5%	517,388 4,1%	534,819 3,4%	552,499 3,3%
EXPORTE I.W.S.	196,667 -11,2%	227,038 15,4%	275,626 21,4%	289,620 5,1%	303,281 4,7%	319,167 5,2%	334,443 4,8%	350,206 4,7%
IMPORTE I.W.S.	185,228 -10,5%	224,690 21,3%	270,143 20,2%	279,569 3,5%	291,615 4,3%	306,106 5,0%	320,925 4,8%	336,430 4,8%
BIP ZU MARKTPREISEN	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	446,933 10,0%	481,363 7,7%	508,791 5,7%	530,449 4,3%	548,338 3,4%	566,275 3,3%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	167,730 -8,3%	173,693 3,6%	182,253 4,9%	183,165 0,5%	186,370 1,8%	189,352 1,6%	192,003 1,4%	194,499 1,3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,838 -1,1%	8,116 3,5%	8,253 1,7%	8,356 1,3%	8,523 2,0%	8,673 1,8%	8,824 1,8%	8,979 1,8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,282 -0,5%	76,860 7,8%	79,653 3,6%	78,458 -1,5%	78,458 0,0%	78,851 0,5%	79,442 0,8%	80,236 1,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,690 -4,8%	99,909 11,4%	97,476 -2,4%	97,656 0,2%	99,340 1,7%	100,728 1,4%	101,882 1,1%	103,170 1,3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	48,028 -7,0%	53,461 11,3%	54,453 1,9%	54,453 0,0%	55,542 2,0%	56,930 2,5%	58,183 2,2%	59,463 2,2%
BAUINVESTITIONEN	39,649 -3,4%	41,968 5,8%	41,396 -1,4%	40,568 -2,0%	40,163 -1,0%	40,163 0,0%	40,564 1,0%	41,071 1,3%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,806 0,665	1,002 0,196	-1,059 -2,061	-0,959 0,100	-0,959 0,000	-0,959 0,000	-0,959 0,000	-0,959 0,000
INLANDSNACHFRAGE	337,170 -5,5%	358,969 6,5%	366,590 2,1%	366,677 0,0%	371,733 1,4%	376,645 1,3%	381,193 1,2%	385,925 1,2%
EXPORTE I.W.S.	192,984 -10,7%	211,497 9,6%	238,094 12,6%	243,124 2,1%	250,317 3,0%	258,768 3,4%	266,583 3,0%	274,487 3,0%
IMPORTE I.W.S.	181,090 -9,2%	205,920 13,7%	221,601 7,6%	224,807 1,4%	231,655 3,0%	239,062 3,2%	246,570 3,1%	254,315 3,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	349,242 -6,5%	365,157 4,6%	383,151 4,9%	384,994 0,5%	390,395 1,4%	396,350 1,5%	401,207 1,2%	406,097 1,2%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	108,596 1,3%	111,147 2,3%	119,559 7,6%	128,526 7,5%	133,667 4,0%	137,343 2,8%	140,639 2,4%	143,803 2,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	112,628 4,4%	114,616 1,8%	116,236 1,4%	120,886 4,0%	126,326 4,5%	130,747 3,5%	134,016 2,5%	137,366 2,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	108,643 1,7%	112,746 3,8%	122,363 8,5%	131,396 7,4%	136,260 3,7%	139,640 2,5%	142,237 1,9%	144,697 1,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	104,961 1,0%	106,453 1,4%	111,499 4,7%	117,074 5,0%	120,001 2,5%	122,401 2,0%	124,237 1,5%	125,790 1,3%
BAUINVESTITIONEN	113,211 2,6%	120,634 6,6%	136,230 12,9%	149,853 10,0%	157,345 5,0%	162,066 3,0%	165,712 2,3%	169,441 2,3%
INLANDSNACHFRAGE	109,620 2,2%	112,489 2,6%	120,421 7,1%	128,536 6,7%	133,732 4,0%	137,368 2,7%	140,301 2,1%	143,162 2,0%
EXPORTE I.W.S.	101,908 -0,6%	107,348 5,3%	115,764 7,8%	119,125 2,9%	121,159 1,7%	123,341 1,8%	125,455 1,7%	127,586 1,7%
IMPORTE I.W.S.	102,285 -1,4%	109,115 6,7%	121,905 11,7%	124,360 2,0%	125,883 1,2%	128,045 1,7%	130,156 1,6%	132,289 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	109,106 2,6%	111,226 1,9%	116,647 4,9%	125,031 7,2%	130,327 4,2%	133,833 2,7%	136,672 2,1%	139,443 2,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,930 -8,4%	167,969 20,0%	199,393 18,7%	206,925 3,8%	215,797 4,3%	226,700 5,1%	237,004 4,5%	247,776 4,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	46,352 -8,2%	51,764 11,7%	60,608 17,1%	62,902 3,8%	66,570 5,8%	70,280 5,6%	74,015 5,3%	77,760 5,1%
REISEVERKEHR	10,385 -42,9%	7,305 -29,7%	15,625 113,9%	19,793 26,7%	20,914 5,7%	22,187 6,1%	23,424 5,6%	24,670 5,3%
EXPORTE I.W.S.	196,667 -11,2%	227,038 15,4%	275,626 21,4%	289,620 5,1%	303,281 4,7%	319,167 5,2%	334,443 4,8%	350,206 4,7%
WARENIMPORTE	136,466 -8,0%	168,236 23,3%	199,989 18,9%	203,395 1,7%	211,068 3,8%	221,197 4,8%	231,699 4,7%	242,700 4,7%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	45,260 -7,7%	50,700 12,0%	59,679 17,7%	64,542 8,2%	68,239 5,7%	72,042 5,6%	75,871 5,3%	79,904 5,3%
REISEVERKEHR	3,502 -63,7%	5,754 64,3%	10,475 82,1%	11,631 11,0%	12,307 5,8%	12,867 4,6%	13,354 3,8%	13,826 3,5%
IMPORTE I.W.S.	185,228 -10,5%	224,690 21,3%	270,143 20,2%	279,569 3,5%	291,615 4,3%	306,106 5,0%	320,925 4,8%	336,430 4,8%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	140,032 -7,3%	158,161 12,9%	172,000 8,7%	173,720 1,0%	178,932 3,0%	185,194 3,5%	190,750 3,0%	196,473 3,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,976 -8,7%	47,894 8,9%	54,154 13,1%	55,237 2,0%	57,032 3,3%	58,886 3,3%	60,799 3,3%	62,623 3,0%
REISEVERKEHR	9,365 -44,0%	6,317 -32,5%	12,433 96,8%	14,516 16,8%	14,748 1,6%	15,117 2,5%	15,495 2,5%	15,882 2,5%
EXPORTE I.W.S.	192,984 -10,7%	211,497 9,6%	238,094 12,6%	243,124 2,1%	250,317 3,0%	258,768 3,4%	266,583 3,0%	274,487 3,0%
WARENIMPORTE	134,280 -6,2%	153,394 14,2%	159,570 4,0%	159,889 0,2%	164,686 3,0%	170,038 3,3%	175,479 3,2%	181,095 3,2%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,529 -7,6%	47,253 8,6%	53,764 13,8%	56,452 5,0%	58,287 3,3%	60,181 3,3%	62,137 3,3%	64,156 3,3%
REISEVERKEHR	3,339 -63,7%	5,341 60,0%	8,452 58,2%	8,874 5,0%	9,117 2,7%	9,299 2,0%	9,438 1,5%	9,580 1,5%
IMPORTE I.W.S.	181,090 -9,2%	205,920 13,7%	221,601 7,6%	224,807 1,4%	231,655 3,0%	239,062 3,2%	246,570 3,1%	254,315 3,1%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	99,927 -1,2%	106,201 6,3%	115,926 9,2%	119,114 2,8%	120,603 1,3%	122,412 1,5%	124,248 1,5%	126,112 1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105,402 0,5%	108,082 2,5%	111,918 3,5%	113,877 1,8%	116,724 2,5%	119,350 2,3%	121,737 2,0%	124,172 2,0%
REISEVERKEHR	110,898 1,9%	115,642 4,3%	125,671 8,7%	136,353 8,5%	141,807 4,0%	146,771 3,5%	151,174 3,0%	155,331 2,8%
EXPORTE I.W.S.	101,908 -0,6%	107,348 5,3%	115,764 7,8%	119,125 2,9%	121,159 1,7%	123,341 1,8%	125,455 1,7%	127,586 1,7%
WARENIMPORTE	101,628 -1,9%	109,676 7,9%	125,330 14,3%	127,210 1,5%	128,164 0,8%	130,086 1,5%	132,038 1,5%	134,018 1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	103,976 -0,1%	107,294 3,2%	111,001 3,5%	114,331 3,0%	117,075 2,4%	119,709 2,3%	122,104 2,0%	124,546 2,0%
REISEVERKEHR	104,892 -0,2%	107,724 2,7%	123,941 15,1%	131,067 5,8%	134,999 3,0%	138,374 2,5%	141,488 2,3%	144,318 2,0%
IMPORTE I.W.S.	102,285 -1,4%	109,115 6,7%	121,905 11,7%	124,360 2,0%	125,883 1,2%	128,045 1,7%	130,156 1,6%	132,289 1,6%
TERMS OF TRADE, GESAMT	99,631 0,8%	98,381 -1,3%	94,962 -3,5%	95,790 0,9%	96,247 0,5%	96,327 0,1%	96,389 0,1%	96,445 0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	98,326 0,8%	96,832 -1,5%	92,497 -4,5%	93,636 1,2%	94,101 0,5%	94,101 0,0%	94,101 0,0%	94,101 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,611	55,322	60,444	58,078	57,315	57,707	58,527	59,411
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-3,518	6,711	5,122	-2,365	-0,763	0,392	0,820	0,884
IMPORTQUOTE, GÜTER	35,814	41,422	44,747	42,254	41,484	41,700	42,255	42,859
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,535	5,608	3,325	-2,493	-0,770	0,216	0,555	0,604
EXPORTQUOTE, GESAMT	51,613	55,900	61,671	60,167	59,608	60,169	60,992	61,844
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4,144	4,287	5,770	-1,504	-0,558	0,561	0,823	0,852
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,723	41,356	44,614	42,987	42,414	42,737	43,222	43,755
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,743	4,634	3,257	-1,626	-0,574	0,324	0,485	0,533

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5630,493 0,0%	5627,103 -0,1%	5664,812 0,7%	5664,117 0,0%	5659,162 -0,1%	5639,639 -0,3%	5617,762 -0,4%	5598,588 -0,3%
ERWERBSQUOTE	82,096 0,6%	82,436 0,4%	82,690 0,3%	83,600 1,1%	84,436 1,0%	85,247 1,0%	86,014 0,9%	86,788 0,9%
ERWERBSPERSONEN	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,254 1,0%	4735,200 1,1%	4778,368 0,9%	4807,598 0,6%	4832,049 0,5%	4858,896 0,6%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3664,532 -0,6%	3649,195 -0,4%	3654,354 0,1%	3647,053 -0,2%	3636,688 -0,3%	3630,663 -0,2%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1086,004 6,5%	1124,014 3,5%	1160,545 3,3%	1195,361 3,0%	1228,234 2,8%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	507,500 1,1%	506,231 -0,3%	508,762 0,5%	510,034 0,3%	511,309 0,3%	512,588 0,3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4228,969 1,3%	4269,606 1,0%	4297,563 0,7%	4320,739 0,5%	4346,309 0,6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3886,861 1,1%	3931,171 1,1%	3966,551 0,9%	3996,301 0,8%	4024,275 0,7%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	68,787 -0,4%	68,959 0,3%	68,959 0,0%	68,959 0,0%	68,959 0,0%
ARBEITSLOSE	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	273,321 3,9%	269,476 -1,4%	262,053 -2,8%	255,480 -2,5%	253,075 -0,9%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,463 0,163	6,311 -0,152	6,098 -0,214	5,913 -0,185	5,823 -0,090

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,328 -0,3%	201,362 4,7%	216,704 7,6%	234,424 8,2%	251,322 7,2%	263,727 4,9%	273,676 3,8%	283,860 3,7%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	156,077 0,4%	167,375 7,2%	179,588 7,3%	193,640 7,8%	198,573 2,5%	205,765 3,6%	212,028 3,0%	218,060 2,8%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	32,638 -33,2%	37,412 14,6%	50,641 35,4%	53,300 5,3%	58,896 10,5%	60,957 3,5%	62,634 2,8%	64,356 2,8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	381,042 -4,1%	406,149 6,6%	446,933 10,0%	481,363 7,7%	508,791 5,7%	530,449 4,3%	548,338 3,4%	566,275 3,3%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	3,379 -397,1%	1,826 -46,0%	-1,092 -159,8%	-1,092 0,0%	-1,114 2,0%	-1,136 2,0%	-1,159 2,0%	-1,182 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	75,770 4,1%	79,904 5,5%	83,699 4,8%	87,047 4,0%	90,094 3,5%	93,472 3,8%	96,977 3,8%	100,372 3,5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	308,651 -4,5%	328,071 6,3%	362,142 10,4%	393,224 8,6%	417,584 6,2%	435,841 4,4%	450,202 3,3%	464,722 3,2%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,476 1,8%	-2,499 -28,1%	-2,245 -10,2%	-2,470 10,0%	-2,544 3,0%	-2,620 3,0%	-2,698 3,0%	-2,779 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	305,174 -4,6%	325,571 6,7%	359,897 10,5%	390,755 8,6%	415,040 6,2%	433,221 4,4%	447,503 3,3%	461,942 3,2%